

Der „Oberschlesische Anzeiger“ wird neuerdings vielfach von der Berliner Reptilienpresse als Autorität zitiert. Der „Oberschl. Anz.“ erfreut sich nach der Schilderung der „Reißer Pl.“ allerdings eines vielgeachteten Redakteurs. Derselbe war „einst preussischer Offizier, dann päpstlicher Soldat, dann kulturkämpferischer Herausgeber des nationalliberal-freikonservativen „Oberschlesischen Anzeigers“, darauf Redakteur des fortschrittlichen „Voten aus dem Riesengebirge“, dann Redakteur eines konservativen Blattes in Pommern und schließlich Redakteur des mittelparteilich-freikonservativen „Katholischer Anzeiger“.

Das Polizeipräsidium von Hanau hat die von J. B. Müller über den Prozeß gegen Polizeikommissar Meyer und Genossen veröffentlichte Broschüre zur Kolportage in Hanau nicht zugelassen. Die Gründe hierfür sind nicht bekannt geworden.

Erfolgreiche Beschwerde. Belanulich wurde die Abhaltung zweier Volksversammlungen (dieselben sollten am 14. Febr. in Barmen und am 15. Februar in Elberfeld stattfinden), in welchen die Reichstagsabgeordneten Darm und Pfannkuch über die Kulturaufgaben des deutschen Reichstags und über das Branntweinmonopol referieren sollten, polizeilich verboten. Die Einberufer beschwerten sich bei der königlichen Regierung zu Düsseldorf. Herr E. Köllinghoff in Barmen ist darauf heute der amtliche Bescheid geworden, daß die Düsseldorfer Regierung seine Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen habe.

Eine sehr bedeutsame Entscheidung hat soeben das Oberverwaltungsgericht gefällt. Man erinnert sich, daß die Stadtvorordneten v. Versammlung zu Stettin eine Petition an den Reichstag gegen die Erhöhung der Kornzölle beschloß und daß diese Petition „wegen Unzuständigkeit der Versammlung“ durch den dortigen Magistrat beanstandet worden war. Das Oberverwaltungsgericht hat nunmehr, wie uns mitgeteilt wird, in letzter Instanz dahin entschieden, daß unter Aushebung der Vorentscheidung die angefochtene Verfügung des Magistrats außer Kraft zu setzen sei. Das der Stadtvorordnetenversammlung zustehende Petitionsrecht ist durch diesen Beschluß des endlich maßgebenden Gerichtshofs in erfreulicher Weise gewahrt.

Rußland.

Die Nachrichten über die Ausweisungen preussischer Staatsangehöriger aus Rußland lauten noch immer widersprechend. So theilt die „Gazeta Torunska“ jetzt aus „besten“ Quelle mit, daß in einem der Grenzdistrikte des Gouvernements Plock 320 preussische Staatsangehörigen anbehalten worden sei, in kürzester Zeit die russischen Lande zu verlassen. Alle diese seien jedoch Leute, welche sich dort ohne Paß aufhielten und seiner Zeit ohne jede Legitimation die Grenze überschritten hätten; unter ihnen befänden sich Viele, welche entweder aus dem preussischen Heere desertirt seien, oder aus von den preussischen Behörden ständlich verfolgt würden. Die Ausweisung preussischer Staatsangehöriger beschränke sich bis dahin auf solche Individuen. Dieselbe Zeitung theilt ferner mit, daß die russischen Behörden gegenwärtig die Pässe der Ausländer, die sich dort aufhalten, sehr genau revidiren, und falls sie irgend einen formellen Mangel finden, den Inhabern derselben, die Lande zu verlassen. — Die Behörden haben auch schon mit der Aufstellung besonderer Steuern für in Rußland ansässige Ausländer den Anfang gemacht. So ist ein Gärtner aus der Provinz Posen, welcher in Russisch-Polen ein Jahresgehalt von 150 Rubeln bezieht, angewiesen worden, eine jährliche Steuer von 50 Rubeln zu entrichten und diesen Betrag pränumerando bis 1. April zu erlegen, widrigenfalls er das Land verlassen müsse. Ebenso haben sechs andere Preussen aus dem Posenischen ähnliche Befehle erhalten. Für kleinere preussische Gewerbetreibende, deren sehr viele in Russisch-Polen ansässig sind, ist die Auflegung einer so hohen Steuer mit der Ausweisung gleichbedeutend.

Frankreich.

Haben die Streikenden Recht, daß es in den Decageviller Gruben brennt und daß die Gesellschaft in straflicher Weise die Vorsichtsmaßregeln gegen die Ausdehnung der Grubenbrände vernachlässigt hat? — Hierüber ist auch heute noch zu keinem sicheren Urtheil zu gelangen. Nach einer Depesche des „Radical“ aus Decageville verließ der Generalinspektor Vohet, der im Auftrage der Regierung die Minen untersuchte, verwundet und halb erstickt den Schacht. Andere Zeitungen behaupten wiederum, Vohet hätte, so gut wie der frühere Kommissar, alles in Ordnung gefunden. Uebrigens hatte Vohet die Begleitung streikender Bergleute abgelehnt, es wäre also denkbar, daß ihm die Gesellschaft die schlimmsten Orte in den Gruben verborgen hätte.

Der „Kappel“, das Organ des Handelsministers Ledroux, schreibt über das Projekt der Weltausstellung von 1889: „Am gestrigen Ministerrathe kündigte Herr Ledroux an, die Unterhandlungen mit der Garantiegeseellschaft wären zum Abschlusse gekommen und er hätte mit Christophle, dem Gouverneur des Credit foncier, einen provisorischen Vertrag unterzeichnet. Der Gesegentwurf kann also auf den Tisch der Kammer gelegt

welche Dame auf mich den meisten Eindruck gemacht, und ich antwortete die Wahrheit!“

„Gut, gut. Wir reden weiter davon! Laß uns zu Bett gehn, Du wirst wohl müde sein.“

Nachdem Vater und Sohn bei Rothwein und Kapaun sich also unterhalten und fast mit einer Mißstimmung gegenig hatten, wurde ein anderes Gespräch, ungleich kürzer, bei Schöpflein geführt. — Justus war nach dem Abendessen noch in der Wohnstube bei der Prüfung eben angelassener Kupferstücke beschäftigt, während sich Mathilde Kopsenden Herzogs der Mutter nach in die Küche geschlichen hatte, denn sie wußte, Beate war gekommen und hatte Nachricht von der Ankunft Edmund's gebracht.

So unbemerkt und scheinbar absichtslos Mutter und Tochter auch Justus verlassen hatten, auch mit dem Geräth in der Küche brav klapperten, um das Flüstern mit Beaten zu verbergen, wußte Schöpflein doch recht gut, was die Ursache sei. Als nach einer Weile die Frauen, in Sicherheit gewiegt, lauter redeten, trat Justus langsam an die Thür und lauschte mit sorglicher Miene den Reden, welche in der Küche gewechselt wurden.

„Also er hat sich so verändert?“ fragte Mathilde mit zitternder Stimme.

„Und wie!“ rief Beate. „Er ist gar nicht mehr der gute, treue Junge, der lustige Student mit den großen Stiefeln, der Reipreitsche und den munteren Schnurren von ehemals, die doch so recht aus'm Herzen kamen. Einen gedrehten Schnurrbart trägt er, geht nach der neuesten Mode und spricht so trocken, steif und vornehm, ach, Du mein Himmel! Wie ich's Essen 'rein brachte und ihn bewillkommte, hat er seiner alten Beate nicht 'mal die Hand gegeben, hat bloß genickt und gesagt: „Ein ander Mal, Beate.“ und wie ich mit ihm plaudern wollte, schnitt er ein Gesicht, als wüßte er nicht, ob er lachen oder sich schämen sollte! Ganz verwandelt ist er!“

„Beate, Du bist nur so erdoßt auf ihn, weil er Dir nicht gleich Rede stand!“ warf Mathilde dazwischen.

„Schon gut, ich weiß, was ich weiß! Edmund wie der Alte wollten mich nur rasch los sein, denn sie hatten gar

werden, sobald der Pariser Gemeinderath über seinen Beitrag schlüssig geworden ist. Der Gesegentwurf hat nur auf eine Krediteröffnung Bezug und die Kammer wird sich mit den Details der Organisirung nicht zu beschäftigen haben, da diese von der vollstreckbaren Gewalt allein abhängen. Dennoch finden diese Details auskunftsweise in dem Motivenberichte der Vorlage Platz. Die Gesamtsumme für die Ausstellung wird auf 43 Millionen veranschlagt, 42 Millionen für die vorbergehenden und 1 Million für die unvorbergehenden Ausgaben. Diese Summe wird gedeckt: 1) durch den Staat bis in Höhe von 17 Millionen, 2) durch den Pariser Gemeinderath bis in Höhe von 8 Millionen, 3) durch die Einnahmen der Ausstellung, die auf 18 Millionen berechnet werden. Die Garantiegeseellschaft ist lediglich dazu da, dem Staate die letzten 18 Millionen zu sichern. Wenn die Einnahmen diese Höhe nicht erreichen, so wird sie für das Uebrige sorgen. Wenn die Einnahmen 18 Millionen übersteigen, so wird der Ueberschuß zwischen dem Staate, der Stadt Paris und der Garantiegeseellschaft im Verhältniß zu ihren Beiträgen vertheilt werden. Diese Vertheilung sände jedoch nur dann statt, wenn die Kosten der Ausstellung die Voranschläge überschritten.

Italien.

Sehr pikante Enthüllungen über die italienischen Sitten — zu fände bringt der legitimiistische „Guello“. Daß dieselben auf Thatsachen beruhen, beweist der Umstand, daß die Staatsanwaltschaft gegen den Artikel nicht einzuschreiten vermochte. Danach sollen im italienischen Parlament mehrere notorische Wechselfässer sitzen, deren Verbrechen allgemein bekannt sind. Selbst im Senat giebt es solche „Verbrecher in gelben Handschuhen“. Man weiß in Rom, wie viel Hunderttausende Vire dieser Minister jeden Monat unterschlägt und wieviel Millionen sein Kollege X. mit in den Ruhestand zu nehmen gedenkt. Es giebt selbst Richter und Staatsanwälte, denen man nicht etwa verleumdert, sondern mit Recht schwere Verbrechen nachsagt. Aber das hindert den Justizminister nicht, sie immer wieder avanziren zu lassen. Diese Enthüllungen bleiben von den sonst so redseligen italienischen Offizieren unbeantwortet.

Am 27. d. M. wurde vor dem Schwurgericht in Venedig der große Sozialistenprozeß gegen 117 Bauern aus Mantua und Umgegend beendet. Sämmtliche Angeklagte wurden freigesprochen. Dieselben wurden von einer riesigen Menschenmenge von dem Gerichtsgebäude im Triumph und unter Musikklängen auf den Marcusplatz geleitet.

Großbritannien.

Der Premier Gladstone erklärte, er werde am 8. April die Bill betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Verwaltung von Irland, einbringen und hoffe, daß das Budget am 12. April vorgelegt werden könne, am 15. April werde dem Hause dann die Bill, betreffend die Abänderung der Gesetze über den Ankauf und Verkauf von Grundbesitz in Irland, zugehen.

Die streikenden Arbeiter der Kohlengrube South Medomsley bei Durham haben gestern den Versuch gemacht, das Haus des Direktors Lyard durch Dynamit in die Luft zu sprengen. Die Fassade des Hauses wurde stark beschädigt, aber keine Person verletzt.

Balkanländer.

Die bulgarische Frage ist noch fortwährend in der Schwebe. Es handelt sich noch immer darum, ob die Ernennung des Fürsten von Bulgarien auf bestimmte Zeit oder ohne Fristangabe gemacht werden soll. Ein Vorschlag, nach dem andern fällt ins Wasser. Es scheint Rußland daran zu liegen, die Sache nicht zum Abschluß kommen zu lassen. Dagegen lauten offenbar russische Rationationen, den Fürsten Alexander zu unvorsichtigen Schritten hinzureißen.

Das griechische Ministerium hat jetzt die beiden ältesten Altersklassen — etwa 20 000 Mann — zur Armeeeinberufen. Wie es heißt, mußte das Ministerium die Genehmigung des Königs durch die Drohung, daß es zurücktreten werde, erzwingen. Daraus ergiebt sich, daß das Ministerium durchaus nicht geneigt ist, sich zu beugen. Die russische Flotte in Randia erhibt Befehl zum Abzügen nach Smyrna. Das alles klingt recht wenig vertrauenswürdig.

Aus Belgrad wird gemeldet: Da Critics und Mistics abgelehnt, soll morgen ein königlicher Ulaß erscheinen, welcher Garaschani mit der Neubildung des Kabinetts betraut. Ein zweiter Ulaß wird die Nischava- und Timol-Armee auflösen und Horatovic und Talova das Großkreuz mit Schwertern verleihen.

Amerika.

Gould willigte ein, die zwischen der Compagnie und den Streikenden bestehenden Streitfragen einem Schiedsspruche zu unterwerfen. Das Schiedsspruch-Komitee wird heute ernannt und nehmen bis zu dessen Entscheidung die Streikenden, 10 000 an der Zahl, die Arbeit wieder auf, ausgenommen diejenigen, welche sich der Verstärkung von Eigenthum schuldig gemacht haben.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Buenos Ayres gemeldet: Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Montevideo

seltsame Dinge auf dem Herzen, Kildgen! Ich hab' Alles gehört, denn Sie können sich denken, daß ich argwöhnisch wurde und an der Thür gehorcht habe!“ (Fortf. f.)

Aus Kunst und Leben.

Der Zigeunerbaron hat selbst im Kampfe mit dem erwachenden Venz seine alte Anziehungskraft bewiesen und die bereits traditionellen vollen Häuser an den sonnigen Frühlings-tagen erzielt. Die Vorstellungen im Anfang des nächsten Monats werden durch Neubearbeitungen viel Interesse erregen. Fr. Korner wird nach zweijähriger Abwesenheit von Berlin als „Soff“ debütiren, in derselben Rolle wird sich auch Fr. Brada versuchen.

Im „Deutschen Theater“ ist außer Fr. Sorma, deren Erkrankung bereits mitgetheilt wurde, nun auch Fr. Tate ernstlich erkrankt. In Folge dessen muß die erste Aufführung des Lustspiels „Die Hebel des Himmels“ von Albin Kheinisch noch auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden. Am nächsten Donnerstag, 1. April, wird „Der Hülfenbesitzer“ gegeben. Die Aufführung dürfte dadurch ein besonderes Interesse erregen, daß in der Rolle der „Claire“ zum ersten Male Fräulein Teresina Bekner auftreten wird, welche diese Rolle bereits verschiedentlich in Graz und auch neuerdings auf Gastspielen in Potsdam mit Erfolg gespielt hat.

Ehrenbeleidigung — oder nicht? Die Londoner Schauspielerin Mrs. Abrams klagte kürzlich den Kritiker Hudson, weil er in der Besprechung eines neuen Stückes von ihr geschrieben: „Mrs. Abrams erinnert an die Ausgrabungen des Professors Schlemann — sie ist eine echte Antiquität.“ Der Richter versuchte umsonst, die erregte Künstlerin zu beruhigen, indem er meinte: „Wie werthvoll die ausgegrabenen Dinge sind, das beweist am besten der hohe Preis, den sie erzielen.“ Bortig erwiderte die Künstlerin: „Ja, aber das große Publikum besteht nicht aus Alterthumsforschern und seit jener Kritik bekomme ich täglich anonyme Briefe, in denen man mir schreibt, „ob ich keine lateinischen Inskripten trage“ oder die Verwunderung ausgesprochen wird, daß „die Gliedmaßen so gut erhalten seien“ etc. Endlich kam ein Vergleich zu Stande und am nächsten Tage war in Hudson's Journal zu lesen: „Wie wir erfahren, feiert unsere treffliche Künstlerin Mrs. Abrams demnächst ihren achtzehnten Geburtstag. Kinder und Enkel werden sich zahlreich an der Feier theilnehmen.“

ist in Uruguay eine Revolution ausgebrochen. 1000 Mann unter dem Befehle des Generals Arrendondo sind in Quary gelandet, in Montevideo herrscht eine panikartige Erregung.

Afrika.

Es sind bereits von Seiten der Engländer Vorbereitungen getroffen, um Suakin am Rothen Meere wieder durch ägyptische Truppen besetzen zu lassen. Die indischen Truppen verlassen den Ort bis zum Mai.

Australien.

Die Regierungen aller australischen Kolonien sprechen sich gegen den von Frankreich bezüglich einer Annexion der Neuen Hebriden gemachten Vorschlag aus, gleichviel unter welchen Zugeständnissen Frankreich diese Annexion vornehmen wolle. Die Regierung von Victoria richtete eine in diesem Sinne gehaltene und in energischen Ausdrücken abgefaßte Depesche an ihren Londoner Generalagenten.

Kommunales.

Die beabsichtigte Anlage der Markthalle VI in der Ackerstraße seitens der Stadt angekauften Grundstücke Invalidenstraße 158 und Ackerstraße 23/24, 25, 26 bilden ein Bauland von 90 Meter Länge und 41 Meter Breite mit einer nördlichen Erweiterung nach der Invalidenstraße zu, von 21 Meter Tiefe und 17 Meter Breite. Zur Gewinnung des für die Markthalle nöthigen Raumes ist zunächst der Abbruch sämtlicher Hintergebäude erforderlich; aber auch die Vordergebäude werden nicht erhalten werden können, sondern durch Neubauten ersetzt werden müssen. — Nach den der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten beiden Skizzen soll die Halle eine Einfahrt von der Ackerstraße her und eine Ausfahrt nach der Invalidenstraße, beide in einer lichten Breite von 4,70 Meter, erhalten. Die südliche Gebäudedeckung soll in ihrem Erdgeschoß drei getrennte Wäden enthalten, deren Anlage, wie die der Halle selbst, bei beiden Skizzen verschieden gedacht ist. Die Markthalle selbst erhält nach Skizze Nr. 1 ein 12 Meter breites, dieselbe in ihrer ganzen Länge nach durchziehendes Mittelschiff von circa 12,5 Meter Höhe, das mit einem Satteldach überdeckt und durch hohes Seitenlicht erleuchtet wird. Die aus dem Grundriß ersichtliche Anordnung der je ca. 4,9 Meter enthaltenen Verkaufsstände ergibt 329 derselben mit einem Flächeninhalt von zusammen 1295,9 Meter. Legt man bei der Vertheilung der Standfläche auf die einzelnen Handelsweige die Verhältnisse der Markthalle IV zu Grunde: 29,8 pCt. für Schlächter, 7,85 pCt. für Fischhändler, 62,55 pCt. für Gemüsehändler und so weiter, so sind 386 Quadratmeter Schlächterstände, 100 Quadratmeter Fischstände und 809 Quadratmeter Gemüse- u. Stände einzurichten. Die Gesamtkosten würden für die Skizze I nach dem beigefügten Kostenanlage 666 000 M. betragen. In der Skizze Nr. 2 ist für die Markthalle selbst eine 18 m breite, 24 m lange und durchschnittlich 18 m hohe Mittelhalle projektiert. Wie bei Skizze Nr. 1 wird die Mittelhalle durch hochgestellte ringsumlaufende Seitenfenster erleuchtet. Die Anlage der großen Mittelhalle gestattet eine Theilung der Fahrdahn, die es den Wagen ermöglicht, in größere Nähe der einzelnen Verkaufsstände zu gelangen und die Anordnung einer zwischen den beiden Fahrstrassen liegende Stände-Insel. Die hierdurch veranlaßte Grundrisdispersion erlaubt die Einrichtung von nur 291 Ständen mit 1138 qm gesammter Standfläche. Bei einer Vertheilung dieser Fläche nach demselben Verhältniß wie bei Skizze 1 ergeben sich 339 qm Schlächterstände, 88 qm Fischstände und 711 qm Gemüse- u. Stände. — Die Gesamtkosten werden sich nach dem Kostenüberschlage auf 663 000 M. stellen. — Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung die Genehmigung der Skizze 1.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 1. April cr., Nachmittags 5 Uhr. Einige Naturalisationsgesuche — Vorlage, betr. das Projekt zur Einrichtung eines Pavillons auf dem Arbeitshausgrundstücke in Kummelsburg zu einer Anstalt für verwahrloste Knaben — Desgl., betr. die der Haupt-Sitzungs-Kasse im Jahre 1885 zugewendeten Vermächtnisse und Geschenke — Stat der Reuter-Sittung pro 1. April 1886/87 — Vorlage, betr. die im Oktober-Dezember-Bezirksjahr 1885 durch die städtischen Gasanstalten geseipen Flammen — Desgl., betr. die Festsetzung von Bauflächen für die Verlängerung der Charlottenstraße von der Georgenstraße bis zum Weidenbamm und den Verkauf der Baulichkeiten der Grundstücke Dorotheenstraße 52 und Georgenstr. 32 zum Abbruch — Desgl., betr. die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Bestimmung für die Geschäftsführung bei den im Bereiche der städtischen Kanalisation vorkommenden Bauausführungen — Wahl je eines Mitgliedes in den Ausschuss für die Wahl von unbefoldeten Gemeindebeamten, in die Armen-Direktion, in die Brennmaterialien-Deputation, in das Kuratorium des Friedrich-Wilhelms-Hospitals und in die Gewerbe-Deputation — Berichterstattung über die Vorlage, betr. die im Staatsjahre 1886/87 neu resp. umgestalteten Straßen und Plätze — Vorlage, betr. die erfolgte Bauabnahme der neuen Dungsstätte mit Geleisanlage für die Düngeverladung auf dem Central-Biehhof — Desgl., betr. die fernere Vermietung von Kellerräumen im Kommunalhause Straalenstraße 58 — Desgl., betr. den Verkauf der Baulichkeiten auf den Grundstücken Rotherstr. 11, Bapenstr. 23/24, Am Marien-Kirchhof 18, Bapenstr. 18 und Marien-Kirchhof 19, Bapenstr. Nr. 20/21 und Marien-Kirchhof 20/21, Bapenstr. 19 und Marien-Kirchhof 22, Bapenstr. Nr. 18, Am Neuen Markt 9, Am Neuen Markt 8 und Marien-Kirchhof 23 zum Abbruch — Desgl., betr. die Anlage unterirdischer Bedürfnisanstalten für Männer und Frauen — Desgl., betr. die Kosten der elektrischen Beleuchtung des Rathstellers und der Sitzungssäle im Rathhause — Desgl., betr. die Verpachtung von aptirten Flächen der im Norden der Stadt belegenen Rieselsgräben — Desgl., betreffend die Revision des Ortstatuts für die Kanalisation — Desgl., betr. die Skizze zum Bau der Markthalle VI zwischen Acker- und Invalidenstraße — Desgl., betr. die Anfrage von Mitgliedern der Versammlung wegen der elektrischen Beleuchtung der Leipziger Straße — Akt Rechnungen — Berichterstattung über eine Petition — Einige Unterstützungsfachen — Vorlage, betr. die Neuwahl von 3 Mitgliedern für das Kuratorium der „Stiftung der Berliner Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1879“ — Vorlage, betreffend die Wahl je eines Bürgerdeputirten für die Gewerbe-Deputation, für die Schul-Deputation und für das Kuratorium des städtischen Turnwesens — Vorlage, betr. zwei Wahlablehnungen — Berichterstattung über zwei Anstellungsfachen, sowie über die Vorlage wegen Gewählung des Stellengelds für einen mit der kommunalwirtschaftlichen Verwaltung einer Vorschulelehrstelle beauftragten ehemaligen Schulvorsteher. Außerdem, und zwar um 6 1/2 Uhr, findet eine gemeinlichliche Sitzung beider Gemeindebehörden statt beauftragt der Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes der Bezirks-Kommission für die kommunale Einkommensteuer.

Gerichts-Zeitung.

Reichsgerichts-Entscheidung. Leipzig, 29. März. In dem Drogenhändler Markschwinski in Berlin kam eines Tages ein Herr und verlangte eine Flasche Rothe'sches Zahnwasser. Herr M. nahm eilfertig ein in Seidenpapier gewickeltes Fläschchen aus einem Regal, überreichte dasselbe dem Kunden und streich seine 50 Pf. dafür ein. Als der Käufer zu Hause die Flasche öffnete, bemerkte er, daß das Wasser eine gelbete Farbe als sonst hatte und daß es einen ganz fremdartigen Geschmack besaß. Trotdem Flasche und Etiquette bis auf die Stempelmarke unzweifelhaft Rothe'scher Herkunft waren, gewann er

Ueberzeugung, daß das Wasser gefälscht sei und machte hieron gelegentlich dem Inhaber der Firma Kothe Nachfolger, dem Kaufmann Dittus, Mitteilung. Dieser schickte zu verschiedenen Zeiten zwei Personen zu M., die ebenfalls Kothesches Bahnwasser verlangen mußten und dasselbe Fabrikat erhielten, wie der oben erwähnte Herr. Auf den Strafantrag des Herrn Dittus wurde nun gegen M. eine Anklage wegen versuchten Betruges und Uebertretung des Markenschutzes erhoben. In der Verhandlung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin vom 9. Januar wurde festgesetzt, daß M. leere Bahnwasserflaschen, welche von Kothe Nachfolger bezogen, mit einem von ihm selbst angefertigten Wasser gefüllt und in Verkehr gebracht hat. Das Gericht erblickte hierin nicht nur einen Mißbrauch der geschützten Marke des echten Kotheschen Bahnwassers, sondern auch, soweit der ersterwähnte Fall in Betracht kam, einen vollendeten Betrug und hinsichtlich der beiden anderen Fälle versuchten Betrug; da die Käufer wußten, daß sie gefälschtes Bahnwasser erhalten würden und daher nicht getäuscht werden konnten. Fraglich war, ob diese beiden Fälle dem genannten Angeklagten zur Last gelegt werden könnten, da nicht er selbst, sondern in seiner Abwesenheit sein Kommiss die Flaschen verkauft hatte, aber das Gericht nahm an, daß der letztere nur ein Werkzeug des Angeklagten zur Ausführung des schon vorher gefaßten widerrechtlichen Entschlusses gewesen sei. Es wurde auf eine Strafe von 40 M. erkannt und dem Nebenkläger Dittus das Recht zugesprochen, den Tenor des Urteils auf Kosten des Angeklagten in der „Vossischen Zeitung“ bekannt zu machen. — Der Angeklagte legte Revision gegen dieses Urteil ein und beschwerte sich zunächst darüber, daß in den beiden letzten Fällen ein Betrugsversuch angenommen ist, da sogar nach Annahme des Gerichtes die Verübung eines Betruges nicht möglich war, weil eine Tritumbewegung ausgeschlossen war. Weiter meinte er, daß mit Unrecht der Umfang seiner Strafbarkeit von der willkürlichen Handlungsweise eines Dritten abhängig gemacht worden sei. Endlich rügte er noch die Annahme eines Betruges überhaupt, da nicht festgesetzt sei, daß das von ihm fabrizierte Bahnwasser geringwertiger als das Kothesche sei. In der Sitzung des II. Strafenanwalts des Reichsgerichtes vom 23. März bezeichnete der Reichsanwalt die Beschwerde als unbegründet und beantragte deren Verwerfung. Nach seiner Ansicht hat der Angeklagte sogar in den beiden letzten Fällen sich des vollendeten Betruges schuldig gemacht, wenn der Verkauf wirklich stattgefunden hat. Für das, was in seinem Geschäft vorgebe, ist Angeklagter in jeder Beziehung verantwortlich zu machen. — Das Reichsgericht verwarf darauf die Revision und führte bezüglich der Vermögensschädigung noch aus, daß es auf den Preis resp. Wert des nachgemachten Bahnwassers nicht ankomme, da für den ersten Käufer nur das echte, welches er kaufen wollte, einen Wert hatte.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Klagen über die Belastung der Krankenkassen durch die ärztlichen Honorare sind so unendlich nicht. So betragen, wie man der „Voss. Zig.“ schreibt, die ärztlichen Honorare bei der Krankenkasse der Textilarbeiter (Zwangskasse) in Gera, die über 5000 Mitglieder zählt, im ersten Jahre gegen 8000 M., welche Summe der Verwaltung so hoch erscheint, daß sie mit Ausschreibung einer Arztstelle für die gedachte Kasse vorgeht, dem Arzt einen festen Gehalt von 4000 M. zusichernd. Der Ausschreibung waren lange Verhandlungen mit dem Ärzteverein in Gera vorangegangen, welcher auf seine Herabminderung der ursprünglich vereinbarten Sätze einzugehen geneigt war. Schließlich ist jedoch noch eine Einigung erzielt worden, so daß von der Anstellung eines besonderen Krankenkassenarztes abgesehen werden konnte. Wie man aus guter Quelle hört, entstehen übrigens die Kosten dieser Kasse nicht bloß dadurch, daß Krankheitsfälle simuliert werden, sondern daß ärztliche Hilfe auch oft bei ganz leichten Fällen in Anspruch genommen wird, bei denen sonst ein einfaches Hausmittel genügt. Die Mitglieder haben eben in solchen Zwangskassen nicht das Interesse an einer sparsamen Verwaltung, wie dies bei den freien Hilfskassen im Großen und Ganzen der Fall ist.

Unter den Tischlergehilfen des Duppertals ist eine Bewegung im Gange, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Die Arbeit dauert jetzt von Morgens 6 Uhr bis Abends 7 Uhr, von welcher Zeit $1\frac{1}{2}$ Stunden auf die effektive Arbeit kommen, während nach der Forderung der Gesellen, welche dafür auf die bisherige halbtägige Frühstückspause verzichten wollen, die Arbeit in Zukunft erst um 7 Uhr Morgens aufgenommen und dadurch also auf 10 Stunden effektive Leistung beschränkt werden soll. In Darmen hat die Mehrheit der Meister sich der Forderung willfährig gezeigt, in Ebersfeld dagegen lehnen die Meister unter der Führung der dortigen Tischler-Innung das Verlangen der Gesellen ab und sieht dort nun die von langer Hand vorbereitete Bewegung auf dem Sprunge zur Arbeitseinstellung. Nebenher gehen noch andere Forderungen der Gesellen, unter welchen die Kranken-Kassenfrage eine Rolle spielt. Die Innungsmeister haben sich die Verpflichtung auferlegt, bei der Annahme von Gesellen daran festzuhalten, daß die Gesellen der Orts-Kranken-Kasse beitreten. Die Gesellen aber wollen die Freiheit haben, nach ihrer Wahl der Hamburger Zentral-Kranken- und Sterbekasse beizutreten, und begehren die Rückgängigmachung jenes Innungs-Beschlusses. Die Meister hingegen klagen über Mangel an Kontrolle, ob die Arbeit annehmenden Gesellen auch wirklich Mitglieder der Kasse sind oder nicht (!) Letzteren Forderungen hätte ein etwa eintretendes Erstranzen die Meister für die Kosten aufzukommen. Es wollen daher die Meister der Innung auch in diesem Punkte nicht nachgeben. Zunächst nun haben die Gesellen beschloffen, die verkürzte Arbeitszeit vom nächsten Montag ab wo nötig zwangsweise durchzuführen, für welchen Fall ein einstimmiger Beschluß der Meister sie mit der sofortigen Arbeitsentlassung bedroht. Wie allgemein verlautet, wird als Antwort auf den Meisterbeschluß die Arbeitseinstellung erfolgen.

Sämmtliche Holzarbeiter in Basel legten am 29. d. M. wegen Nichtbewilligung der von ihnen verlangten 10ständigen Arbeitszeit die Arbeit nieder. Der Streik erstreckt sich auf Schreiner, Zimmerleute, Glaser, Drechsler und Bildhauer.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Stellmacher-Meister und Gesellen Berlins tagte am Sonntag im Königstadt Kasino, Holzmarktstr. 72, mit der Tagesordnung: 1. Regelung unserer Forderung. 2. Verschiedenes. Da viele Kollegen erschienen waren, die den Allortarif noch nicht kannten, wurde derselbe nochmals verlesen. Der Berichtsführer der Lohnkommission teilte hierauf mit, daß die Lohnkommission es für nötig gehalten habe, beauftragt Unterhandlung wegen der gestellten Forderung auch an die Innungs-Meister heranzutreten. Der Zutritt zur Versammlung der Innungs-Meister, welche am 23. Februar tagte, wurde von den Kommissionsmitgliedern gestattet. Leider habe jedoch die Lohnkommission dadurch nicht viel erreicht; die Meister erklärten sich zwar mit der Einführung einer zehnständigen Arbeitszeit, sowie mit der Beseitigung der Sonntagslöhne, sowie die Einführung des ihnen vorgelegten Allortarifs und Abschaffung der Kost- und Logis-Arbeit wurde von den Meistern abgelehnt. Da die Innung allein aber nicht kompetent sei, die Forderung der Gesellen abzulehnen, oder anzunehmen, so habe die Lohnkommission es für nötig gehalten, eine Versammlung, zu welcher sämmtliche Stellmacher-Meister und Gesellen eingeladen wurden, einzuberufen. In der Diskussion beteiligten sich viele Redner, welche nachwiesen, daß

die Stellmacherei einer der anstrengendsten Berufszweige sei, welcher jedoch in Bezug auf Höhe der Löhne gegen andere Gewerke noch sehr weit zurück sei; deshalb sei es Pflicht aller Kollegen, für die Besserung ihrer Lage einzutreten. Bezüglich der Festsetzung eines bestimmten Stundenlohnes waren die Ansichten der Redner sehr geteilt. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute tagende Versammlung der Stellmacher Berlins erklärt die Festsetzung eines bestimmten Stundenlohnes fallen zu lassen, jedoch den von der Lohnkommission aufgestellten Allortarif voll und ganz zur Durchführung zu bringen. Die Kommission wird beauftragt, in dieser Sache weiter zu arbeiten.“ Da die Meister in der Versammlung sehr schwach vertreten waren und an der Diskussion nicht teilnahmen, wurde die Lohnkommission ferner beauftragt, selbstständig vorzugehen. Zu „Verschiedenes“ legte Herr Glatz sein Amt als Kassierer der Lohnkommission nieder. An seine Stelle wurde Herr Hoffmann gewählt. Ferner wurde bekannt gemacht, daß die nächste Versammlung durch Säulenanschlag und durch den Inseratenbeleg des „Berliner Volksblatt“ bekannt gemacht werden soll. Die nächste Vereinsversammlung findet am Sonnabend, den 3. April, Andreasstraße 21, in Keller's Salon statt.

Im Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter hielt am Sonnabend (bei Gradow) Herr Eppheim einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Stützen der modernen Weltanschauung“. Der Vortragende legte in klarer Weise die Lehren der neuesten Naturwissenschaft dar: die Erwigkeit, die Einheit, die Erhaltung der Kraft und des Stoffs, die Bewegung in ihren verschiedenen Formen als Ursache der Schall-, Wärme-, Licht-, Elektrizitäts-Erscheinungen und als Ursache alles Werdens, Wachstums und Lebens und aller Entwicklung in der Natur und im Metall. Er schloß mit der Bemerkung, daß die moderne wissenschaftliche Weltanschauung in höherem Maße, als die bisherige auf Phantasie und auf Glauben beruhende Weltanschauung, den Menschen zur Lebensfreudigkeit und zum Wirken für alles Wahre, Gute und Schöne im Menschenleben anrege. — Nach kurzer Diskussion wurden 3 Krankenunterstützungs-Gesuche bewilligt und dann der Streit in Bayreuth besprochen. Der Vorsitzende berichtete, über die Lohnverhältnisse der Steingräber'schen Fabrik in Bayreuth. Der Durchschnittsverdienst beträgt in der Woche bei 70 stündiger Arbeit nur 15 M. Einem Schreiben aus Bayreuth zufolge, in welchem die dortige Streikkommission für die zweite Sendung des Berliner Vereins (135 Mark) ihren Dank ausdrückt, ist eine Verhandlung mit Herrn Steinträger jun. resultatlos verlaufen. Ein in der Versammlung anwesender Kollege, der als Unverheirateter Bayreuth verlassen, um die Streikfasse zu verlassen, teilte mit, daß die 40 Arbeiter durch den Umstand, daß ihnen angekündigt wurde, sie hätten künftig am Montag eine Stunde länger zu arbeiten als bisher, sich veranlaßt gefunden, eine Kommission zu wählen, die mit dem Prinzipal verhandeln sollte, und daß sie dann, weil der Prinzipal die Kommission nicht empfangen wollte, die Arbeit niedergelegt hätten. Die Mitteilungen des Vorstehenden, daß die Sammlung für die streikenden Bayreuther Kollegen in der zweiten Woche schon bedeutend weniger ergeben habe, als in der ersten Woche, und daß von den Kollegen der Besten'schen und der Schwichten'schen Fabrik noch gar nichts eingegangen sei, riefen eine lange Diskussion hervor, in welcher über den unter den Kollegen immer noch herrschenden Indifferentismus geklagt wurde und Neuerungen, mit welcher Kollegen ihre Nichtbeteiligung an der Organisation zu entschuldigen suchen, verurteilt wurden. Der Hinweis des Vorsitzenden auf die Hilfsbedürftigkeit des in der Versammlung anwesenden Bayreuther Kollegen hatte zur Folge, daß auf Antrag des Herrn Spatzfeld demselben eine Unterstützung von 9 M. wöchentlich, so lange er keine Arbeit gefunden, und Reise-geld, falls er sich entschließen möchte, anderswo Arbeit zu suchen, zuerkannt wurde. — Herr Riegle wünschte Aufschluß darüber, ob der Vorstand, wie gesagt wurde, aus seiner Mitte eine Lohnkommission gewählt habe, die mit den Arbeitgebern wegen der Löhne verhandeln soll. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Vorstand nur drei von seinen Mitgliedern damit beauftragt habe, auf etwa vorkommende Lohnreduktionen zu achten und in Bezug auf diese sich mit den Fabrikanten in Verbindung zu setzen. Eine „Lohnkommission“ bezugs Aufstellung eines für alle Fabrikanten gleichen Lohntarifs werde selbstverständlich in einer Mitgliederversammlung erst gewählt werden können, nachdem auf Grund der ausgegebenen Fragebogen eine Lohnstatistik hergestellt sein werde.

Der Fachverein der Marmor- und Granitarbeiter (Schleifer), tagte am Sonntag, den 23. d. M., in Dehmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a. Der Vorsitzende, Herr Pabling, berichtete über den Verlauf und das Resultat der Verhandlungen mit der Meisterkommission betreffs der Lohnregulierung. Daraus ging hervor, daß die Arbeitgeber die Notwendigkeit einer Aufbesserung resp. eine Regelung durch einen einheitlichen Lohn-tarif wohl anerkennen, einige Punkte im Tarif sogar für gerechtfertigt hielten, trotzdem in der vorigen Antwort gesagt wurde, die Forderungen der Arbeiter seien übertrieben hoch. Bei den Verhandlungen wurde von den Arbeitgebern ebenfalls ein Tarif vorgelegt, welchen die Kommission indessen nicht akzeptieren konnte. Ein Passus desselben lautete: „Sämmtliches Material, welches der Arbeiter zum Schleifen von Marmor braucht, muß derselbe sich selbst anschaffen, er erhält dafür als Vergütung 6 Prozent von seinem verdienten Lohn.“ Die Versammlung protestierte aber gegen diese Zumutung; unmöglich könnte man sich Sandstein, Plinthen, Schmirgel, Blei, Hinnalche u. selbst anschaffen. Ein Mitglied der Meisterkommission, Herr Tauchart, hatte erklärt: „er werde nicht mehr bezahlen, da er die Gewißheit habe, daß seine Arbeiter für den alten Lohn weiterarbeiten.“ Mehrere Redner sprachen nun für Aufrechterhaltung des vom Fachverein aufgestellten Tarifs. Jedoch wollte man den Arbeitgebern noch etwas entgegen kommen und reduzierte noch einige Punkte des Tarifs. Die Einführung eines „Minimallohntarifs“ wurde mehrfach befürwortet, aber so wie die Arbeitgeber denselben wollen, sei er nicht annehmbar, da die Mehrzahl der hiesigen Fabrikanten schon viel höhere Löhne zöble. Ein Mitglied der Meisterkommission, welches früher selbst Leiter der Lohnbewegung gewesen und jetzt Fabrikant ist, meinte unter Anderem, die Arbeiter sollten ihm doch den Weg zeigen, auf welchem eine Besserung der Löhne und Verhältnisse zu erzielen sei. Nach dem Bericht ist ihm dieser Weg von einigen Kommissionsmitgliedern, welche schon vor 12 Jahren mit dem Herrn in der Lohnbewegung standen, gründlich gezeigt worden. Herr Braun erklärte, daß sein Arbeitgeber Herr Tauchart gar nicht so hartnäckig sei, wie es bei der Beratung den Anschein hatte; es liege nur an den Kollegen, welche dort arbeiten; er habe schon bei mehreren Arbeiten mit Herrn Tauchart Konsilium gehabt, aber es sei alles auf gutlichem Wege geregelt worden; es sei auch ganz erklärlich, warum die hiesigen Fabrikanten sich nicht an einen vernünftigen Tarif binden wollen, jeder Einzelne wolle mit seinen Arbeitern die Löhne selbst vereinbaren. Alle weiteren Redner sprachen für die Einführung eines Tarifs und wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche wie folgt lautete: „Die Anwesenden verpflichten sich durch Handschlag und auf Ehrenwort, an der jetzigen Fassung des Tarifs festzuhalten und beauftragen die Kommission, denselben den Arbeitgebern zuzusenden.“ Ferner wurde beschloffen, daß der Tarif am 15. April d. J. in Kraft treten und für ein Jahr Gültigkeit haben soll.

Eine öffentliche Versammlung der Maler und verwandten Berufsgenossen tagte am 23. d. M. in Gradow's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79, unter Vorsitz der Herren Rügner und Buchholz. Die Tagesordnung war folgende: 1. Wie stellen sich die Malergehilfen Berlins zu den Anträgen Aldermann im Reichstags, betreffend den Befähigungs-

nachweis? 2. Bericht der Lohnkommission. Der Reichstagsabgeordnete Herr Pfannkuch hatte das Referat zum 1. Gegenstand der Tagesordnung übernommen. Referent wies zunächst darauf hin, daß man jetzt ernstlich mit dem Fortschritt in der Technik, mit dem Maschinenwesen und den Folgen der Ueberproduktion zu rechnen habe. Im Zeitalter der Kunst, wo man auf Grund des „Meister-Briefes“ die Berechtigung erlangte, Gehilfen und Lehrlinge zu halten, betrachtete man dieselben als Glieder der Familie und behandelte sie darnach; diese Zustände seien für immer vorüber und würden auch durch die Bestrebungen der Innungen nicht wieder hervorgerufen werden. Heute suchen die Konserwatoren aus der Kumpfkammer alles Mögliche und Unmögliche heraus, um dem Handwerkstand auf die Beine zu helfen. Ihr Bestreben habe indess keine Aussicht auf Erfolg. Wenn jemand bei einem Innungsmeister auslernt, sei er dennoch vielleicht in wenigen Jahren nicht mehr im Stande, sein Handwerk zu betreiben, sondern gezwungen, Beschäftigung in der Fabrik zu suchen. Es gebe sehr tüchtige Dekorationsmaler, welche aber nicht nach ihren Leistungen honorirt werden; kommt dann der Herbst, so sind dieselben darauf angewiesen, sich andere Beschäftigung zu suchen; sie klopfen dann nicht selten, um sich vor gänglicher Arbeitslosigkeit zu schützen, in den Fabriken um Arbeit an. Viele bleiben auch zuletzt in der Fabrik, um dort ihr kümmerliches Dasein für die Dauer zu fristen. Referent führte aus seiner praktischen Erfahrung an, daß in den Eisenbahn-Werkstätten oft eine Person zugleich als Anstreicher, Tischler und Schlosser fungiert. Durch die Teilung der Arbeit würden die gelerntten Handwerker immer entbehrlicher. Durch die Anträge der Herren Aldermann und Gessner würde hieran nichts geändert werden können. Eine durchgreifende Besserung der Lage des Arbeiters sei nur durch eine ernsthafte Sozialreform und nur mit Hilfe der Gesetzgebung zu erzielen. In diesem Sinne zu wirken, sei heiligste Pflicht aller Arbeiter. (Lebhafte Beifall.) Eine Diskussion fand nicht statt. Darauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Maler Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Reichstagsabgeordneten Pfannkuch einverstanden. Ebenso einverstanden erklärt sich die Versammlung mit dem Vorgehen des Referenten sowie seiner Fraktion im Reichstags in Betreff des Befähigungsnachweises. Sie spricht der Fraktion ihren Dank aus und ersucht den Referenten, im Reichstags energisch an dem Arbeiter-schutzgesetzentwurf festzuhalten und für denselben einzutreten. Die Versammelten verpflichten sich, bei den nächsten Wahlen ebenfalls in diesem Sinne zu wirken.“ — Hierauf ließen sich viele Anwesende als Mitglieder in den Gauverein der Maler aufnehmen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete die Lohnkommission, daß an die Herren Prinzipale Firkulare verandt worden sind, ebenso wären Aufrufe an die Kollegschaft erlassen worden. Alsdann wurde beschloffen, daß die Kommission die Kollegen auffordern soll, diejenigen Werkstätten anzugeben, wo der Lohn unter 24 M. pro Woche beträgt. Zur nächsten Versammlung sollen die Kollegen zu dieser eingeladen werden, um so ein genaues Resultat festzustellen. Auch sollen dann weitere Beschlüsse betreffs Durchsetzung der gestellten Forderung gefaßt werden. Die Meister sollen ebenfalls zur öffentlichen Versammlung eingeladen werden.

Der Arbeiter-Bezirksverein „Anerkannt“ im 5. Reichstagswahlkreis hielt am 23. März im Restaurant Jacoby, Landbergerstraße 82, eine Versammlung ab, in welcher Herr Baale über: „Die Bevölkerungsfrage“ referierte. Redner beleuchtete in ausführlicher Weise die wirtschaftlichen Verhältnisse im Allgemeinen und meinte, man suche der Ueberdöllerung durch gewisse Beschränkungen einen Damm entgegenzusetzen; so habe Malthus seiner Zeit in England die Behauptung aufgestellt, daß die Bevölkerung in einem Zeitraum von 25 Jahren sich verdoppeln würde. Als Mittel gegen die Ueberdöllerung schlägt Malthus unter Anderm das Zweikinder-System vor. Derartige Bestrebungen seien auch in Deutschland zu Tage getreten, man habe dieselben jedoch glücklicher Weise entschieden zurückgewiesen. Prof. Wagner habe einst gesagt, „wenn die Arbeiter sich vermehren, wie die Kaninchen, so sollen sie auch wie diese leben.“ Redner wies an der Hand statistischen Materials nach, daß die Bevölkerung Europas in diesem Jahre um 10 Millionen zugenommen sei. In ausführlicher Weise besprach Redner die Produktionsverhältnisse und meinte, daß eine Ueberproduktion thatsächlich nicht vorhanden ist, sondern die Arbeiter durch die heutige Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse konsumtions-unfähig geworden seien. Auch von einer Ueberdöllerung könne man nicht reden; Deutschland habe immer noch Raum genug, um eine noch stärkere Bevölkerung, als die gegenwärtige, in sich aufnehmen zu können, man brauche dazu keine Kolonien in fremden Ländern zu gründen. Die Arbeiter aber hätten zunächst die Aufgabe, eine Aenderung der Produktionsverhältnisse zu verlangen; sei dies erreicht, dann würden bessere Zustände eintreten. (Lebhafte Beifall.) — In der Diskussion beteiligten sich namentlich die Herren Dr. Püzenau, Franke, Gutsche, Steindorf im Sinne des Referenten. Einstimmig wurde der Antrag angenommen, der Vorstand möge den Stadtverordneten Hoffmann II (Bürgerpartei) ersuchen, einige von den „sehr schönen“ Wohnungen für 100 bis 120 Mark dem Verein bekannt zu geben, einige Mitglieder gedulden event. von denselben Gebrauch zu machen. — Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 6. April, in demselben Lokale statt.

Eine öffentliche Eisenbahnarbeiter-Versammlung tagte am 23. März im Gray's Gesellschaftshaus, Brunnenstraße 140 unter Vorsitz der Herren Pappe und Kördel. Der Referent, Herr Krüger, behandelte in eingehender Weise die speziellen Uebelstände auf den einzelnen Bahnhöfen und führte ungefähr folgendes aus: Obgleich die meisten Bahnen verstaatlicht, auf diese Weise also eine einheitliche Regelung der Arbeiterverhältnisse viel leichter sei als es unter Privat-Gesellschaften der Fall, so weichen doch die Instruktionen auf den verschiedenen Bahnen sehr wesentlich von einander ab; man dürfe hieraus wohl mit Recht den Schluß ziehen, daß nicht immer alles von oben kommandirt, sondern vieles auf die Anordnungen der Unterbeamten zurückzuführen sei. So sei die Arbeitszeit auf jedem Bahnhof eine andere. Wenn es heißt: „18 Stunden Arbeitszeit einschließlich entsprechender Pausen zum Frühstück, Mittag und Besper“, so komme es vor, daß diese Pausen oft auf je 10 Minuten beschränkt werden, die Frühstück- und Besper-Pausen auch wohl ganz weggelassen. Ueberstunden seien fast regelmäßig ohne Extravergütung. Die Arbeit wird oft spät ausgegeben, muß aber fertig werden, was in der regelmäßigen Arbeitszeit nicht möglich ist. Die Verwaltungsbehörden führen zur ihrer Entschuldigung an, daß sie ja die Ueberstunden nicht anordnen. Wenn des Sonntags statt bis 7 Uhr Abends nur bis 5 resp. 4 Uhr gearbeitet werde, so dürfe man durchaus nicht annehmen, daß da auch weniger geleistet werde; das Quantum muß fertig werden, also heiße es „intensiver arbeiten“. Der Nachdienst beginne um 1 Uhr Mittags und dauert oft bis 3 Uhr Nachts. Wenn hier nun Remedur geschaffen werden soll, so müsse man von der bisherigen Praxis abweichen und gleich bei höheren Instanzen Beseitigung der Uebelstände fordern. Wenn z. B. die Arbeiter der Berlin-Magdeburger-Bahn auf ein Besuch um Aufbesserung ihrer Löhne die Antwort erhalten haben: von „oben“ sei größte Sparsamkeit empfohlen, und man dennoch ein paar Tage nachher an die Beamten ansehnliche Gratifikationen verabsolgt, dann müssen andere Maßregeln ergriffen, und zwar eine Petition an den Landtag abgedenkt werden. Herr Kördel tritt energisch für die Petition ein und fährt unter anderem noch einen Fall von der Märkischen Bahn an, wo einem Arbeiter, der $30\frac{1}{2}$ Jahr dort gearbeitet habe, der Lohn von 240 M. auf 2 Mark gekürzt wurde. Der Beamte bekomme nach län-

gerer Dienstzeit Zulage, der Arbeiter hingegen Lohnabzüge. Auch die Bahnarbeiter, meine Redner, müßten endlich einsehen, daß sie sich organisieren müssen, um sich vor Uebergriffen zu schützen. Herr Wegner bemerkte hierauf folgendes: „In einer früheren Versammlung ergänzte ich die Ausführungen eines Redners, der Lohn ist auch nicht ausgeblieben, ich bin gelündigt worden. Gründe hat man nicht angegeben. Herr Schwarz: „Ich habe 6 Jahre auf der Bahn gearbeitet, wurde dann „zur Wahrung der Disziplin“ entlassen, weil ich den Vorsteher nicht gestraft, ob ich einen Nebenarbeiter verlagern darf.“ Nachdem noch Herr Hildebrand zur Organisation ermahnt und eine Resolution im Sinne des Referenten angenommen, bemerkte letzterer in seinem Schlusswort, daß seiner Ansicht nach durch die jetzt geübte Praxis von angestellten und Hilfsarbeitern das Streiberium in bedeutender Weise gefördert werde und daß sich die Arbeiter organisieren müßten, um ihre Lage, die einer Aufbesserung dringend bedürftig sei, zu verbessern. Solidarität sei die Parole, unter der auch die Eisenbahnarbeiter eine bessere Existenz erlangen können.

hfa. Eine öffentliche Versammlung der Stein drucker und Lithographen tagte am 23. d. M., Abends, im Königstadt-Kaffee, Holzmarktstr. 72, unter Vorsitz des Stein druckers Herrn Spießhöfer. In derselben wurde zunächst der Kommissionsbericht über den Stand des Streiks bei Priester und Gießler, wonach der Streik insofern als beendet angesehen werden könnte, als bis auf einen Stein drucker sämtliche Streikende anderweitig Beschäftigung gefunden haben. Die Einnahmen zum Streikunterstützungsfonds betragen während der Dauer des Streiks 3991 M. 42 Pf., die Ausgaben von demselben 3076 M. 85 Pf., woraus sich ein Bestand von 895 M. 5 Pf. ergibt. Die Versammlung erhielt der Kom mission Decharge. Hieran reichte sich ein beifällig ausgenom menes Referat des Stein druckers Herrn Schulz über die wirt schaftliche Lage der Stein druckerei- und Lithographie- Branche und die sich daraus für die Stein drucker und Lithographen ergebenden Konsequenzen hinsichtlich der zu erstrebenden Ver besserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dem Referenten zufolge hat sich in den letzten 10 Jahren die Produktionsweise wesentlich geändert und ist besonders die Dauer der Arbeitszeit eine beträchtlich längere geworden, während die Löhne immer mehr zusammenschumpften. Wie durch die Freizügigkeit der Waarenmarkt der Arbeitskraft eine Zentralisation erfahren habe, so müsse auch der Arbeitskraft d. h. den Arbeitern gestattet sein, sich zum Zweck ihrer gewerkschaftlichen Organisation, gegenüber der Organisation der kapitalistischen Unternehmer, zu zentralisieren, wofür nicht die ihnen garantierte Koalitionsfreiheit illusorisch bleiben solle. Da die dem Gewerkschaften Bunde zu Grunde liegende Form der Zentralisation für eigentlich gewerkschaftliche Zwecke nicht verwertbar sei, da der Bund statutarisch nur Unterstützungszwecken zu dienen habe, sei der „Fachverein der Stein drucker und Lithographen“ gegründet worden. Den Zweck und Wert des Streikwesens kritisch, betonte der Redner, daß man der Natur der Sache nach und im Interesse der Arbeiter von der zweischneidigen Waffe des Streiks nur als letztes Mittel und im äußersten Falle, unter allen Umständen aber nur unter der

Voraussetzung einer unentbehrlichen großen und festen geschlossenen Gewerkschaftsorganisation Gebrauch machen sollte. Darum sei es geboten und überaus wünschenswert, daß auch die Stein drucker und Lithographen insgesammt dem Fachverein beitreten, der dann sicher in noch viel höherem Grade, als bisher, Großes zu schaffen im Stande sein werde. (Beifall.) Dem Fachverein traten ab dann wieder mehrere neue Mit glieder bei. Unter „Verschiedenes“ bewilligte die Versam mlung den streikenden Tagelöhnen aus dem Unterstützungs fonds, der hierauf durch Versammlungsbeschlüsse dem Fachverein der Stein drucker und Lithographen überwiesen wurde, die Summe von 100 M. Der Fachverein hält jeden Donnerstag nach dem 15. jeden Monats im „Königstadt-Kaffee“ eine Versamm lung ab.

Eine gut besuchte Versammlung der Ristenmacher tagte am 21. d. M. in den „Armin-Hallen“. Die Tages ordnung derselben lautete: Wie verhalten wir uns zum Streik bei Simon u. Müller? Nach einer lebhaften Debatte wurde die Forderung der Arbeiter als berechtigt anerkannt, aber die dabei beiderseits zu Tage getretene Gehässigkeit aufs Schärfste verurteilt. Dann gelangte eine Resolution zur Annahme, welche sich auf die Anerkennung des Streiks bezog. Sie endete mit dem Satz, daß sich jeder kollegialisch denkende Risten macher von dieser Weisheit so lange fern zu halten habe, bis die Forderung bewilligt sei. Letzterer Satz wurde jedoch da durch hinfällig, daß die Herren Simon u. Müller erklärten, die Forderung zu bewilligen, wodurch der Streik sein Ende gefunden hat. Noch gab eine von den Herren Simon u. Müller im „Berliner Volksblatt“ erlassene Erklärung: „es bezahle kein einziger Fabrikant mehr nach dem festgelegten Tarife“, Veranlassung zu einer scharfen Kritik gegen die genannten Herren. Die angeordnete Behauptung derselben wurde von der Ver sammlung als den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechend erklärt.

hfa. Eine Werkstätten-Delegierten-Versammlung der Drechler und verwandten Berufsgenossen fand am Mitt woch Abend in Gratwells Bierhallen statt. Zunächst referierte Herr Sündermann über: „Innere Organisationsfragen.“ Be huf zweckmäßiger Einnahme der freiwilligen Beiträge zum Generalunterstützungsfonds beschworerte der Redner, die gegenwärtig errichteten 16 Jahrestellen um 10 zu vermindern. Nach einer längeren Diskussion, in der die meisten Redner dem Vorschlag des Referenten beipflichteten, beschloß die Versammlung, daß nur noch folgende sechs Jahrestellen für den Fonds bestehen sollen, und zwar im Norden Hamburger- und Wasserstraßen-Gäß; im Osten Weberstr. 54 und Langestr. 34; im Südosten Reichsbergerstr. 24 bei Schröder; im Süden Mittenwalder straße 56 bei Schubert; im Zentrum Fischerstr. 29. — Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl einer Kom mission zur Ausarbeitung von Akord-Minimal-Tarif Entwürfen für jede der bestehenden Branchen des Gewerks der Drechler und verwandten Berufe. Bezüglich dieser Angelegenheit führte Herr Sündermann aus, daß die vorjährigen Tarife zum Teil nicht mehr den heutigen Forderungen der Drechler und Berufsgenossen entsprechen. Bekanntlich sei an Stelle der früheren 10stündigen täglichen Arbeitszeit des alten Programms die

fünftägige Pfändige des neuen, und an die Stelle des vorjährigen Wochenarbeitsverdienstes von 18 M. für den sog. „schwachen Arbeiter“ ein wöchentlich Verdienst von 21 M. getreten. Da in der Versammlung nicht sämtliche Branchen in genügender Anzahl vertreten waren, wurden nur für einige Branchen Ver treter in die Tarifkommission gewählt und beschloffen, die übrigen Wahlen in der nächsten Versammlung vorzunehmen zu lassen. Die in die Tarifkommissionen Gewählten beauftragte die Versammlung, bis zur nächsten öffentlichen General-Versammlung der Drechler etc., welche um Mitte April einberufen werden soll, die Vorarbeiten zu den Tarifen zu beenden und darüber sodann in jener Versammlung Bericht zu erstatten. Auch soll in derselben der ausführliche (in Druck gelangte) Bericht über den seitherigen Verlauf der Drechlerlohnbewegung sowie die Abrechnung zur Verteilung kommen. — Für Unterstüfung des Knopfmacherstreiks bei Siegel und Co. ver anstaltete man eine Teller Sammlung. Auch wurde besonders vom Vorsitzenden der Kollegenschaft aufs Eindrücklichste an Herz gelegt, für diese gemeinsame Sache mehr als bisher zu thun.

Verein deutscher Nähmaschinenreisender. Unter diesem Namen hat sich ein Verein von Reisenden der Nähmaschinenbranche gebildet, welcher sich zur Aufgabe gemacht hat, die geschäftlichen Interessen der Berufsgenossen Deutschlands zu fördern und herrschende Mängel in der Branche zu beseitigen. Außerdem bestrebt der Verein, stellenlose Kollegen zu plazieren, resp. zu unterstützen. Referent, welcher einer Sitzung dieses Vereins beiwohnte, war von dem hier herrschenden kollegialischen Ton und der allgemeinen Befriedigung, mit Hinzunehmung persönlicher Interessen schlechte Elemente, alte Rechtschäden etc. in dieser Branche auszumergen, sehr angenehm be rührt. Wir wünschen dem Verein, welcher bereits ca. 40 Mit glieder zählt, daß sein Bestreben von Erfolg gekrönt werden möge. Der Verein tagt im Restaurant Gustavus, Dresdenerstraße.

* **Öffentliche Versammlung der Tischler Berlins** am Mittwoch, den 31. März, Abends 8 Uhr, im „Salon zum Deutschen Kaiser“, Volbringergasse 37. Tagesordnung: Die gegenwärtige Lage des Handwerks und die Notwendigkeit der Berufsorganisation. Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Pfannkuch. Freie Diskussion. Ausgabe der statistischen Fragebogen. — Alle Tischler Berlins, besonders die im Norden Berlins wohnenden werden zu zahlreichem Besuche eingeladen.

* **Den Mitgliedern der Filiale Berlin O. der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Fabrik- und Handarbeiter b. G. (E. S. 35 Dresden)** hiermit zur Kenntnis, daß durch die höhere Verwaltungsbehörde die Schließung der Kaffe erfolgt ist. Es werden somit alle Mitglieder, welche ihre Beiträge bis zum 27. März cr. noch nicht bezahlt haben, aufgefordert, solche bei Vermeidung des gerichtlichen Verfahrens sofort an die Zentralverwaltung in Dresden, Gustavstraße 3, einzusenden, ebenso wird allen Gläubigern der Kaffe bekannt gegeben, ihre Ansprüche ebenda selbst geltend zu machen.

* **Verein für Technik und Gewerbe, Mittelstraße 65.** Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, Vortrag. Gäste willkommen.

Theater.

Mittwoch, den 31. März.

- Obernhaus. Der Prophet.
- Schauspielhaus. Karth, Trauerspiel in 5 Akten von M. G. Brachvogel.
- Deutsches Theater. Nathan der Weise.
- Bühnen-Theater. Hofmanns Thöcher.
- Residenz-Theater. Frau Doctor, Schwank in 3 Akten von H. Ferrier u. G. Bocage.
- Belle-Alliance-Theater. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer: Sein Spezi.
- Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Hugenotten, von Joh. Strauß.
- Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiter aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorstücke und 3 Akten von Jakobson und Willen.
- Central-Theater. Der Stabs-Trommeter.
- Viktoria-Theater. Wegen „Amor“, Proben geschlossen.
- Opern-Theater. Die Loreley, romantisches Schauspiel in 5 Aufzügen.
- American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15. [851]

Heute:

Am Allerseelestag

oder:

Das Gebet auf dem Friedhof.

Original-Vollschauspiel in 4 Akten nebst 1 Vorspiel

Ein gegebenes Wort

von Heinrich Klaußmann.

Vor der Vorstellung:

Gr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Montags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Wenn haben Montags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Vassage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. [852]

Kaiser-Panorama.

Nur diese Woche:

Das schottische Hochland. I. Abth. Eine Reise d. d. schöne Spanien. Veriba. Reise Carolinen-Inseln. Eine Reise 20 Pf. Kinder nur 10 Pf.

Die Zeitungspedition

von

Max Kirsch,

28 Admiralstraße Nr. 28,

empfiehlt sich zum bevorstehenden Quartalswechsel zur pünktlichen Besorgung des „Berliner Volksblatt“, sowie aller andern Zeitungen. [1069]

Gute getragene Herren- u. Knaben-Garderobe in großer Auswahl. Gute getrag. Hüte v. 2 M. an. D. Sommerfeld, Drantienstr. 199. [848]

Eodes-Anzeige.
Am 29. März verstarb in der Königl. Charitee der Schriftsetzer **Herman Badekow** aus Berlin im 25. Lebensjahre an der Lungen- und Nierenkrankheit. [1188]
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. April, Vorm. 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Königl. Charitee aus auf dem Charitee-Kirchhofe statt.

Große öffentliche Versammlung der Tischler [1179]
am Mittwoch, den 31. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Salon zum Deutschen Kaiser, Volbringergasse 37. Tagesordnung: Die heutige Lage des Handwerks und die Notwendigkeit der Berufsorganisation. Referent: Hr. Reichstagsabg. Pfannkuch. Freie Diskussion. Ausgabe der statist. Fragebogen. In dieser Versammlung ladet alle Tischl. Berl. zu recht zahlr. Bes. ein D. Einb.

Neu **G. Sadtke.** Neu
Admiralstr. 38. Admiralsfr. 38
Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab 15 Pf. Rittagsbüchse (Hausmannsloft) a 50 Pf. mit Bier. Abendisch nach Belieben. Billig und kräftig. [939]

Alle Freunde und Bekannte mache auf mein **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal**
aufmerksam. Bairisch-Bier a Seidel 10 Pfg., Weiße 20 Pfg. Achtungsvoll
C. Pfister,
Waldemarstrasse 61. [1032]

Meine Cigarren,
nureigenes Fabrikat,
Cigarretten, Rauch-, Schnupf- und Hanewacker Kautabak empfehle allen Freunden und Bekannten. [1185]
M. Bernstein,
Rosenthalerstraße Nr. 71,
nahe dem Rosenthaler Thor.

Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie.
Ziehung in Berlin am 1.-4. Mai ununterbrochen
Loose à 1 Mk. (11 Loose 10 Mark)
empfiehlt und versendet
R. Schumacher, Berlin O. 931
Königsstraße 14a.
Wiederverkaufern beste Bedingungen.

Möbel, II. Würtschafft, w. gebraucht, v. Bergauz Nauw. nstr. 22, v. 4 Tr. I.
Ein schönes Daunen-Bett (neue rotbe Inlette) bill. z. verk. Reichenbergerstr. 183, I. Kistengehäft. [853]

Allen Freunden und Bekannten zeige hiermit an, daß ich mit dem heutigen Tage das **Cigarren- und Tabak-Geschäft** 15 b Weinbergsweg 15 b für eigene Rechnung übernommen habe. Cigarren in bekannter Güte. Echten Hanewacker Kautabak. Achtungsvoll **A. Bremer.** [1188]

Freunden und Bekannten empfehle meinen reichhaltigen Frühstücksstisch (kalt und warm) kräftigen, guten Mittagstisch (Suppe, Gemüse, Brot) mit Bier oder Kaffee a Roucou 60 Pf. (im Abonnement 6 Mark für 3 Woch). Speisen à la carte zu jeder Zeit. Jeden Abend **Partoffelpuffer**, a 20 Pf. Weiß- und Bairischbier, Seidel 10 Pf., Moselwein a Glas 20 Pf., Apfelwein, a Glas 10 Pf.
Max Krenz, Restaurant zur Versöhnung,
Pottbuscherplatz (Alte Linde).

Sommer-Paletots in kürzester Zeit aus den gediegensten Stoffen, von 8-15 Tblr. Anzahl von 12-18 Tblr. Holen von 3-6 Tblr. [1184]
G. Dilssner, Schneidernstr.,
Alexandrinenstrasse 46, Quergeb. 1.

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik
A. Schulz, Wassertorstr. 34 (auch Theilzahlung). Reelle Waaren garantiert.

Sämtlichen Schulbedarf, sowie größte Auswahl in Photographie-Albums, Cigarren-, Cigaretten- u. Briefstücken, Portemonnaies, Musik- u. Schreibmaschinen, Visitenkarten, Briefmarken- und Oblaten-Albums, Ball- u. Gesellschafts-Kächer, Gesangbücher, Schulmappen, Garderoben- u. Handtaschenhalter, Schreibzeuge, Bürstenläden, Notizbücher, Kochbücher, Spazierstöcke, Lager von Bilder-Büchern und Jugendschriften, sowie sämtlichen Schul- u. Schreibwaren, Galanterie- u. Bijouteriewaren, Uhrketten f. Herren u. Damen, Broche, Ohrringe, Armbänder u. Halsketten, Bilderrahmen, Lampenschirme, Riegel- und Reihzeuge, Uhrständer, Regalstühle in jeder u. Blau, ff. Briefpapier m. Monogr. und andern Verzierungen, Schach, Lotto, Domino, Damenbretter, Tischstühle u. f. w. Brillen u. Pincenez f. jedes Auge passend, in allen Rtn. vorrätig, a 50 Pf. an.
Alb. Schwarzer, Schlichterstr. 137.
Anfertigung sämtl. Druckfachen f. den laufm. u. gewerb. Verkehr. [1184]

Kaffee! Kaffee!
Täglich frisch geröstet a Pfd. von 65 Pf. an, reich schmeckend.
Vorzüglich fein im Geschmack:
Mocca Melange
a Pfd. 1 M. und 1,20 M.
Angebrannte Kaffee's
in großer Auswahl zu billigsten Preisen
Blooker's Cacao, 1 Pfd. a Pfd. 2,60 M.
Gem. Zucker,
fein weiß, a Pfd. 25 Pf.
Potsdamer Rasthade in Broden a Pfd. 31 Pf. empfehlen [1183]

Gebrüder Maass,
Admiralsfr. 40, Ecke Schlichterstr.
Preuss. Leihhaus,
Beuthstr. 14,
Aktien-Gesellschaft,
beleihet
Waaren aller Art. [101]
Gute alte Betten, sowie 1 Lehnstuhl, billig zu verk. D. Sommerfeld, Drantienstr. 199. [849]
1 St. neue Betten bill. z. verk. Waldemarstr. 67 4 L.
E. mbl. Schlafst., sep. Gg., Mantelstr. 52a v. 1.
1 fr. Schlafst. v. m. b. Rudel, Dresdenerstr. 119, D.
Freundl. Schlafst. Mantelstr. 65 bei Dentisch
Arbeitsmarkt.
Poliver auf Spiegelrahmen verlangt [1190]
R. Müller, Mantelstr. 57, 2. Hof.

Die belgischen Unmutte.

Ueber die Ereignisse in Charleroi liegen nunmehr ausführliche Berichte vor. So wird der „Köln. Btg.“ unter dem 27. März geschrieben: „Alle Beschreibung spottet der soziale Krieg, der in der voll- und gewerbreichen Gegend von Charleroi seit zwei Tagen die furchtbarsten Verheerungen angerichtet hat. Wie ein Lauffeuer durchzieht ein Haufen von Empörern sengend und brennend die ganze Umgegend, die ruhigen Arbeiter unter den furchterlichsten Drohungen von ihrem Tagewerke reisend, der Militärmacht, wo es derselben gelingt, die Rebellen in den Fabriken der Wege, der Dörfer und der Werkstätten zu verfolgen, Trotz bietend, auch wenn sie schon zahlreich genug ist. Die Behörten, welche von allen Seiten des Landes zusammengezogen werden, genügen nicht, denn jede Fabrik müßte besetzt sein. Das schrecklichste Ereignis ist der Brand der weltbekannten Glasfabrik von Eugen Baudoux in Jumez. Gestern war Baudoux ein wohlhabender Mann, der mit Befriedigung auf die vom Arbeiter an begonnene Laufbahn zurück, und in die Zukunft mit Vertrauen blickte konnte. Es war dem Großindustriellen bereits für die nächsten Wahlen ein Sitz in der Kammer bestimmt. Heute steht die Fabrik bis achthundert Meter lange Fabrik rauchend und verödet da. Nachdem alles darin verwest war, steckte ein 18jähriger Bursche die Fabrik in Brand, dann wurde auch Petroleum über das von Baudoux bewohnte Schloß ergossen und der Besitzer mußte sich mit seiner Familie flüchten, um sein Leben zu retten. Der Schlag war katastrophal vorbereitet. Um 3 Uhr Nachmittags kamen die Empörer. Es waren gerade 600 Arbeiter um zwei Beden's entbätig; sie mußten eilig flüchten; 30 Mann kamen auf die Empörer zu, welche mit Steinen und Stöcken auf die Soldaten warfen und diese schließlich zurücktrieben. Der Lieutenant und mehrere Mann wurden verwundet. Nun war die Bande vollständig Herr der Anstalt. Erst wurde eine zweite Bande erwartet, dann wurde die Gabelung nach den Siedebeden abgeschnitten und einige Stunden lang wild, bald planmäßig Alles verheert. In den Kellern des Schloßes spielten sich die schrecklichsten Thaten ab, die Möbel, Wagen, Alles wurde aus der Wohnung geschafft, mit Petroleum übergossen und dann verbrannt. Als das Werk der Zerstörung beendet war, begaben sich die Rebellen nach der Glasfabrik Mondrou, um auch dorthinein das dröhnende Feuer zu tragen. Glücklicherweise kam ein Zug Mannen zur Entdeckung der Fabrik Mondrou, welche schon schwer bedroht war; auf die Fensterläden waren mehrere Revolverschüsse abgefeuert worden.“

So die „Köln. Btg.“ — Ein anderes rheinisches Blatt, das „Echo der Gegend“ giebt folgende Darstellung der Vorgänge und des Schauplatzes, auf dem sie sich abspielten: „Baudoux ist der größte Glasindustrielle Belgiens, er hat zwei Wannenöfen, welche sozial erzeugen wie zwanzig gewöhnliche Öfen. Sein Etablissement nimmt sich aus wie eine kleine Stadt, man braucht eine Stunde, um nur den Rundgang durch dasselbe zu machen. Seine Wohnung, ein Schloß, liegt neben dem großen Glaswerke. Langsam, immer die Marschmusik brüllend, bewegte sich der Haufen nun darauf zu. Herr Baudoux nebst Familie hatten kaum Zeit, sich zu flüchten; ein Glück für ihn, denn gegen ihn war der stärkste Haß des Volkes gerichtet. Hier wurde nun ein Vernichtungswerk begonnen und vollführt, das jeder Beschreibung spottet! Alles wurde erschlagen, die Wannenöfen, die Magazine, die Bureaus etc. Schließlich wurde das ganze Etablissement in Brand gesteckt. Die Verbrecherbande gerieth nun in eine Raserei, in der sie sich selber nicht mehr kannte. Durch das Feuermeer von neuem aufgeregte, waren das keine Menschen mehr, es waren wilde Furien, die sich auf das Schloß stürzten. Dasselbe wurde förmlich demolirt, die reichen Möbel, die Teppiche, Alles wurde durch die Fenster auf den Hof geworfen und ein Feuer daraus gemacht. Nachdem alle Möbel und Hausgeräte auf einen Haufen geworfen worden waren, holte man nun die Wagen und die Pferde des Herrn Baudoux aus dem Stalle, band die Pferde mit Ketten fest und zündete den Haufen in Brand. Es war schrecklich anzusehen, wie die armen Thiere sich geberdeten, um der Gefahr und den Todesqualen zu entfliehen, jedoch vergebens. Dieses und die durch den Feuerschein rothglühenden Gesichter der tobenden Masse, das bildete ein schrecklich-schauerliches Gemälde. Jetzt wurde der Wein aus den Kellern hervorgeholt und unter Jubel und Lärm vertheilt; es waren circa 3000 Flaschen, wie es hieß. Mittlerweile war auch das Schloß in Brand gesteckt worden, bald stand es in hellen Flammen und — entsetzlicher Anblick! — oben auf der ersten Etage langten die Rasenden und sangen die Carmagnole, und unter ihnen, hinter ihnen, von allen Seiten ein Flammenmeer! Nichts konnte die Wühlernden retten, sie verbrannten in dem von ihnen selbst angezündeten Feuer! Die Zahl derselben ist noch nicht festgestellt, doch ist sie nicht gering. Die Feuerwehr langte am Brandorte an, sie wurde jedoch von der Menge zurückgeschlagen. Seit fünf Uhr wüthet der Brand, es ist jetzt 10 Uhr Abends, vier Stunden im Umfang steht man die Flammen hoch gegen Himmel schlagen, und weißt hin ist alles nur ein Greuel der Verwüstung.“

Da sich immer und immer wieder, besonders in Deutschland, die Verluste regen, die belgischen Hungerreuther der sozialistischen Partei in die Schuhe zu schieben, theilen wir aus einer Rede von Bolden, dem Redakteur des nunmehr verbotenen sozialistischen „Beuple“ folgendes mit: Bolden beklagte sich am 25. März auf dem Brüsseler Meeting, daß die Presse sich der Interessen der Arbeiter nicht annehme; hierauf sprach er über die Ereignisse in Jütlich: „Ich bedaure dieselben sehr mehr als irgend ein Bourgeois, weil sie meine Partei schädigen. Ihre Urheber sind Unglückliche, die der Hunger verortet hat; sie geborchen keinem sozialistischen Einfluß. Die Arbeiterpartei hat dort keine Organisation; wenn dies der Fall wäre, so hätte es keine Unruhen gegeben.“ Wir möchten überhaupt an die Blätter, welche ihre Leser wieder einmal mit dem rothen Gespenst schrecken, ganz offen die Frage richten: Was ist denn Sozialismus an dem belgischen Zustand? Man nenne uns eine That, eine Forderung, welche das besondere Gepräge des Sozialismus trägt! Daß hungernde Menschen, wenn sie der Dämon des Hasses und der Verzweiflung plötzlich fassen, sengen und brennen, ist immer in der Weltgeschichte gewesen. Das haben die französischen Bauern vor und während der Revolution gethan, das haben die englischen Arbeiter um die Wende des Jahrhunderts oft ausgeführt, als sie von Sozialismus noch nichts wußten, und der irische Bächter, kein Arbeiter, sondern von demselben Fleisch und Blut wie unsere Bourgeoise, begehrt noch heute seine Agrarverbrechen, wenn er den Druck des Landlords nicht mehr ertragen kann. Hierin haben sich die belgischen Arbeiter nicht besser und schlechter gezeigt, als bei anderen Gelegenheiten andere Klassen, die heute voll Dunkel auf den „rothen“ Menschen in der Blouse herabschauen.

Die belgischen Unmutte ähneln am meisten den Arbeiter- und Handwerkerrevolten aus der Jugendzeit der Großindustrie.

Damals zerstörten die Handwerker, die Weber, die Rattundruer, die Spinner die Maschinen durch welche sie brodslos zu werden fürchteten und ähnliche Anlässe werden auch für Belgien vielfach angegeben. Gerade bei Baudoux war dies der Fall. Baudoux hatte die schweizische, belanntlich viel Gewandtheit erfordernde Bläserlei aus dem Dien durch die Anwendung großer Beden ersetzt. Die Masse löst sich leichter als aus dem Dien los auch weniger geschulte Arbeiter werden der Handhabe gerecht. Die gleichsam zufünftigen Glasbläser schürten seit langer Zeit den Haß gegen diese Reuerung und bei dieser Gelegenheit brach er los, zum Verderben des Lohnherrn und zum eigenen. So berichtet die „Köln. Btg.“ Aber wenn ihr Korrespondent meint, das wäre die Anwendung des sozialistischen Einwandes gegen den Gebrauch der Maschinen — so ist das doch gar zu naiv. Der Sozialismus ist kein Feind der Maschinen, wie er überhaupt kein Feind irgend welchen Fortschritts ist. Er bekämpft nur die heutige Anwendung der Maschine, das System, unter welchem die Maschine dem Arbeiter nicht die Arbeit erleichtert, sondern ihn brodslos macht und außer Beschäftigung bringt. Daran ist aber die Maschine nicht schuld, ihre Forderung bildet also auch gar nichts. Morgen tritt an die Stelle der alten eine neue, vielleicht eine noch bessere, und unter dem alten System wird sie die gleichen verhängnisvollen Wirkungen ausüben. Der Sozialismus hat gerade das Verdienst, daß er unwiderleglich nachgewiesen hat, daß der alte brutale Zerstückelungs- und ungeschulten Arbeiter nur kulturreichlich ist und daß die Arbeiter, wenn sie etwas erreichen wollen, nicht gegen einzelne Brodherrn und Etablissements zu kämpfen haben, sondern gegen ein System, welches jeden Segen der Menschheit in einen Fluch verwandelt. Ein System bekämpft man aber nicht, indem man auf das Dach dieses oder jenes Rißfleibigen den rothen Hahn setzt, sondern durch ernste politische Agitation und Einwirkung auf die Gesetzgebung.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

77. Sitzung vom 30. März, 12 Uhr.

Am Ufche des Bundesrathes von Boetticher, von Buttamer, Lucius.

Zur zweiten Beratung steht der Gesetz Entwurf, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes bis zum 30. September 1891 (um 5 Jahre), dessen Ablehnung die Kommission dem Hause zu empfehlen beschloß.

Gleichzeitig stehen die von der Kommission im Einzelnen angenommenen, bei der Schlussabstimmung aber mit der Regierungsvorlage abgelehnten Änderungsanträge des Abg. Windthorst wider zur Beratung und für den Fall ihrer Ablehnung ein Antrag v. Hertling's, die Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes bis zum 30. September 1888 (um 2 Jahre) zu verlängern.

Die Diskussion wendet sich zunächst den Anträgen des Abg. Windthorst zu und zwar den auf die §§ 9, 10, 17 und 18, auf das Verbot von Versammlungen bezüglichen Bestimmungen des Sozialistengesetzes.

Referent Fröhen (Zentrum) schildert den Verlauf der Verhandlungen in der Kommission und die ablehnende Haltung der verbündeten Regierungen gegen alle Änderungsanträge, mit Ausnahme eines auf Abklärung der vorgeschlagenen Verlängerungsfrist gerichteten; sie hätten erklärt, ihre Verantwortung nur mit ungeschwächten Waffen tragen zu können.

Bevollmächtigter Minister v. Buttamer: Zunächst habe ich im Namen der verbündeten Regierungen unser Bedauern darüber auszusprechen, daß es dem Abg. Windthorst nicht gefallen hat, auf seine in der Kommission gestellten Anträge jetzt zu verzichten. In Erinnerung an die Vorgänge vor zwei Jahren hätte er sich von vornherein davon überzeugen müssen, daß sein gewiß wohlgemeinter Versuch, eine vermittelnde Stellung einzunehmen, ein vollkommen ausichtsloser sei.

Gegenüber einer Gesetzesvorlage von so einschneidender Wirkung und politischer Tragweite giebt es in der That nur ein Für oder Wider. Der verehrte Herr hat sich mit seinen Amendements zwischen zwei Stühle gesetzt, eine unter allen Umständen unangenehme Situation. Eine seiner wesentlichsten Wirkungen ist es ja, daß die Sozialdemokraten sich eine gewisse Möglichkeit in ihren Aeußerungen angeeignet haben. Aber diesen Erfolg kann man nur erreichen durch eine strenge, aber gerechte Anwendung der Vollmachten des Gesetzes. In der Kommission hat man gesagt, es handle sich nur um einen gewissen Eigensinn, eine Hartnäckigkeit, ein *sio volo*, sic jubeo seitens der Regierungen, deshalb seien sie jeder Abänderung und Vermittelung entgegen. Einer irrigen Vorstellung bin ich noch nicht begegnet. Die Regierungen haben wahrlich kein Gelüste, an sich ihre Macht und die Polizeivillkür zu vermehren. Aber wenn die Vertretung der Nation und die schwere Verantwortung auferlegt, für die Ruhe und Sicherheit des Deutschen Reiches zu sorgen, dann hat sie auch die Pflicht, die Waffen ihr nicht abzulassen, die sie uns vor 8 Jahren in die Hand gegeben hat. Ich werde nicht mißverständen werden, wenn ich sage, es ist unmöglich, die heutige Diskussion zu führen, ohne einen Blick auf die Ereignisse zu werfen, welche in unserm schwer geprägten westlichen Nachbarstaat sich in diesem Augenblicke vollziehen. (Unruhe links. Sehr richtig! rechts.) Die belgische Regierung steht in diesem Augenblicke in einem Kampf für die öffentliche Ordnung Europas. (Sehr richtig! rechts.) Jedes Wort meinerseits, welches so ausgelegt werden könnte, als wolle ich ihr die Stellung in diesem Kampf erschweren, wäre ein Verrat an freundschaftlicher Gesinnung, dessen ich mich nicht schuldig machen möchte. Worauf es hier wesentlich ankommt, ist Ihnen zu zeigen, zu welchen verschiedenen Resultaten auf dem Gebiete der Bekämpfung der sozialistischen Bestrebungen unsehbar das verschiedene System der Gesetzgebung führt. Belgien ist ein Staat, in welchem alle Parteien, die Sozialdemokratie nicht ausgenommen, unbeschränktes Press-, Vereins- und Versammlungsrecht haben. Es erschienen in Belgien 3 oder 4 große sozialrevolutionäre Zeitungen, ganz frank und frei mit Angabe des Druckers und Verlegers, werden in 12—15000 Exemplaren in den Reihen der Arbeiter verbreitet, und die Leidenchaften, welche dadurch schon angefaßt werden, werden weiter entzündet durch ein vollständig unbeschränktes Koalitions- und Versammlungsrecht. Diefelbe Kunst unserer Agitatoren, das Volk aufzuschwelen zum blindesten Fanatismus, ohne in die Reue des Strafrechts zu fallen, ist in Belgien bis zur Vollkommenheit ausgebildet und ein sehr großer Theil der äußeren Möglichkeit dieses revolutionären Ausbruchs liegt im Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts auch der Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts.) Bei fast allen verbotenen Ausübungen wurde außer dem obligaten Revolver eine Pistole geführt, welche den harmlosen Titel „le catéchisme du peuple“ führt, mit Angabe des Verfassers, Druckers und Verlegers, Alles in schönster

Ordnung. Dieser catéchisme du peuple ist in Form von Frage und Antwort geschrieben, auf letzterer liegt der Nachdruck. Es sind die schamlosesten Majestätsbeleidigungen gegen König Leopold II. darin enthalten, aber in dem, was sich auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezieht, ist mit einer wahrhaft infernalischen Kunst die Grenze innegehalten, welche hinreicht, den Verfasser vor dem Justizhaus zu bewahren, während es gelangt ist, die besthüteten Massen zum Austrub zu verleiten und ins Justizhaus zu bringen. In einer Leçon heißt es: „Du bist also ein Sklave?“ — „Ja ich bin ein Sklave.“ — „Wer herrscht über Dich?“ — „30000 Aristokraten.“ — „Sind das heilige Leute?“ — „Nein. Sie haben von Allem ihren Vortheil, sie leben von unserer Arbeit, indem sie Alles verweigern, was wir fordern.“ — „Was lassen sie Dir?“ — „Nichts. Die Reichen nehmen unsere Töchter zur Prostitution, unsere Söhne zu Kanonenfutter und unser eigenes Leben, um Dividenden daraus zu münzen.“ — „Was gedenkst Du zu unternehmen?“ — „Die Sklaverei zu vernichten.“ — „Wie willst Du dies erreichen?“ — „Nun kommt nicht: „Ich werde ansetzen und rauben“, sondern es heißt: „Ich werde es erreichen durch das allgemeine Stimmrecht.“ (Lachen links.) Eine groteskere Auffassung der Verhältnisse läßt sich kaum denken. Der Herr ist sehr klar. Der Verfasser entkam mit die gefährlichsten Leidenchaften des Volkes, dann schlägt er sich mit einer legalen Phrasen seitwärts in die Büsche und überläßt die Besthüteten allen Gefahren. Will man nun diesen Dingen gegenüber bei uns die Verantwortung dafür übernehmen, das einzige Sicherheitsventil, welches wir haben, fort zu schaffen und uns derselben unbeschränkten Agitation preiszugeben, welche in Belgien so blutige Früchte getragen hat? Sollte uns ein Vergleich nicht die zwingende Ueberzeugung verschaffen, daß unser System das humanere und weisere ist? (Lachen links. Sehr gut! rechts.) Was wollen denn unsere paar oder auch vielen verbotenen und aufgelösten Versammlungen, die konstituirten und verbotenen Zeitungen, ja selbst die Ausweisung einer Anzahl von Leuten, die dadurch wirtschaftliche Nachteile erleiden, was will das Alles sagen gegen die Besthütungen in unserem Nachbarlande, diese rauchenden Trümmer von Fabriken, Schloßern und Mülsteinen, die Unthumen von zerstörtem Eigentum und das unfähige Gend, das über die unsehbar kommen muß, welche der Letzt gewissenloser Agitatoren in ihr Verderben geführt hat. (Sehr wahr! rechts.) Will die freisinnige Partei solchen Zuständen gegenüber ihre Ueberzeugung, daß die freie Diskussion ausreichen werde, die Sozialdemokratie zu bezwingen, immer noch länger aufrecht erhalten? Und ob die Herren aus dem Centrum nicht auch eine beachtenswerthe Lehre daraus ziehen wollen, will ich ihnen anheimgeben. Ich bin weit entfernt, die moralische und fürsorgende Kraft Ihrer Kirche, die Sie oft rühmend hervorgehoben, zu bestreiten und bin gewiß der letzte, der wünschen könnte, daß es anders wäre. Ich bitte Sie aber zu erwägen: Belgien ist ein durchaus und gut katholisches Land, und seine Regierung ist von nichts mehr entfernt, als die Kirche an der Ausführung der ihr innewohnenden Heilsmacht zu hindern, und dennoch dieser Zustände der wildsten elementarsten Volksleidenchaften! Ich habe die Ueberzeugung, daß 99 v. H. der Streikenden an sich gute Söhne ihrer Kirche sind. (Oh! lebhafter Widerspruch im Centrum.) — das wäre doch sehr wunderbar, dann würde ja die Kirche ihrer Aufgabe nicht gewachsen sein, also, ich erkläre, ich glaube, daß sie gute Söhne ihrer Kirche sind (erneuter stürmischer Widerspruch im Centrum; Ruf: „Wir revolutionären nicht!“), aber Sie müssen sich davon überzeugen, daß gewisse Ausreißungen und Agitationen auch die Macht Ihrer Kirche nicht gewachsen ist. (Oh! im Centrum. Lebhafter Zustimmung rechts); deshalb müssen Sie verhindern, daß die Zustände bei uns zu diesem Mehr von Agitationen führen. Wer die internationale Entwicklung der letzten Monate beobachtet hat, wird sich dem nicht verschließen können, daß im westeuropäischen Gebiete und über den Ocean hinaus eine gewisse Entfestigung der elementaren Volkskräfte sich anzubahnen beginnt, welche jeden denkenden Politiker auf die Sorge für die Sicherheit unserer Zustände hinweist. Daß Deutschland mit seiner starken Monarchie und mit den vortrefflichen Mitteln, welche ihm zu Gebote stehen, doch als eines der festesten Bollwerke der Ruhe und Ordnung zu betrachten ist und daß dazu das Gesetz, um das es sich handelt, ganz wesentlich mitgewirkt hat, wird heute Niemand mehr bestreiten. Der humane Charakter unseres Gesetzes will die große Rasse vor den Verführungskünsten schützen. Wer in diesem Augenblicke in Deutschland die Hand dazu bietet, das Sozialistengesetz aufzuheben, der handelt wie ein Mann, der bei herannahendem Gewitter nichts Eiligeres zu thun hat, als den Abigalleiter, der ihn bisher gelockt hat, vom Dache seines Hauses, in dem er bislang ruhig gelebt hat, fortzunehmen. (Widerpruch und Lachen links. Sehr gut! rechts.) Ich bitte Sie also, schaaren Sie sich wenigstens in diesem Falle, wenn auch nicht einmütig, doch in einer entsprechenden Majorität um die deutschen Regierungen und schaaren Sie sich namentlich auch um die ehrwürdige Person unseres erhabenen Kaisers, der für das Zustandekommen dieses Gesetzes sein Blut vergossen hat (Unruhe links), und der mir ausdrücklich befohlen hat, hier vor dem versammelten Rathe der Nation es auszusprechen, daß ihm kein herberer Schmerz und keine bittere Enttäuschung an dem späten Abende seines Lebens bereitet werden könne, als zu sehen, daß die Vertretung der Nation ihn bei dem Versuche der Erhaltung und Sicherung des inneren Friedens im Stiche ließe. (Bewegung.) Ich bitte Sie, nehmen Sie die Vorlage an, Sie werden sich damit als vorsichtige Politiker erweisen und den Dank des Vaterlandes verdienen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Zwar war es bisher nicht parlamentarischer Brauch, die geheiligte Person Sr. Majestät in die Debatte zu ziehen; aber wir werden unzweifelhaft einem so ehrenwürdigen Worte die gebührende Ehrfurcht entgegenbringen. Ich bedaure, daß der Minister sich so scharf gegen unsere, jetzt erneuerten Anträge gewendet hat; meine Freunde und ich stehen einmütig da für ein; und es besteht ein Fraktionsbeschluss, für die Anträge zu stimmen, weil wir überzeugt sind, daß dieser Weg der einzig richtige ist. Das Sozialistengesetz wurde i. B. nicht als dauernde Institution, sondern als vorübergehender Nothbehelf angenommen, und die Nation erwartet nun, daß es wieder beseitigt oder doch allmählig beseitigt werde. Meine Freunde und ich erlauben das letztere; wir wollen eine allmähliche Rückkehr auf den Boden des gemeinen Rechts; und wir erkennen damit an, daß durch das Gesetz gewisse Ausnahmestände geschaffen sind, deren nicht möglich, sondern allmähliche Abende u. a. wünschenswerth erscheint. Meine Vorschläge lassen der Regierung immer noch gegenüber sozialistischen Unthunen einen so großen Spielraum, wie er nur gewünscht werden kann; und sie haben dabei in maßvoller Weise den Uebergang zum gemeinen Recht an. Wir unsererseits treten ja der Sozialdemokratie auf allen Wegen entgegen; wir sind überzeugt, daß ihre Weltanschauung durchaus unrichtig ist, daß

die das Christentum leugnen, daß ihre Lehre zur Beseitigung der Monarchie und zur Auflösung aller Eigentumsverhältnisse führen muß. Deshalb sind auch alle anderen Parteien im Hause bereit, wo sich nur ein Anlaß dazu findet, die Sozialdemokraten aus Entscheidung zu bekämpfen; und wenn die offiziöse Presse von Bündnissen zwischen Sozialdemokraten und anderen Parteien spricht, und namentlich, daß ich persönlich dabei beteiligt sei, so sind doch durchaus tendenziös in die Welt gestreute Behauptungen. Wir erkennen aber andererseits an, daß manche der sozialdemokratischen Bestrebungen auch gerechtfertigt sind, und so weit wir dies anerkennen, werden wir fortfahren, für die Verbesserung der Lage der Arbeiter zu wirken. Auch die Regierung fordert ich auf, sich diesem Gebiete zuzuwenden und nicht erst abzuwarten, bis sie von den Parteien auf dem Wege der arbeitserfreundlichen Gesetzgebung zum Vorwärtschreiten angefeuert wird. Die Regierung verlangt immer nur Mittel, um in der Lage zu sein, gewaltsamen Widerstand zu unterdrücken; ich sage aber: nicht auf die Macht, den Widerstand zu brechen, kommt es an, sondern darauf, daß man die Weisheit und den Verstand hat, die Dinge so zu leiten, daß überhaupt kein Widerstand entsteht. (Zustimmung im Zentrum.) Gerade deshalb bedauere ich so sehr, daß die Regierung neuerdings mit aller Starbeit an ihrer ursprünglichen Vorlage festhält und selbst die Frage der Dauer der Verlängerungsfrist als ein non plus tangeres hinzustellen scheint. Ich bedaure ferner, daß der Minister noch nicht einmal aus den Ereignissen in Belgien die Lügungwendung zieht, daß vor allen Dingen alle Hindernisse aus dem Wege geräumt werden müssen, welche bei uns noch für die Entwicklung der religiösen Anschauungen und Institutionen bestehen (sehr wahr! im Zentrum); das wäre das wirksamste Kampfmittel gegen die Sozialdemokraten. Aber die Regierung ist noch immer nicht zu dieser Erkenntnis gelangt; und während doch die Sozialdemokratie vor der Thür steht, treibt ihr die Regierung die katholische Arbeiterbevölkerung noch direkt in die Arme. Sie sehen in Belgien die Folgen solcher Politik; dort herrscht seit vielen Jahren ein absoluter Liberalismus, ein freimaurerisches Regiment! (Zustimmung im Zentrum; lebhafter Widerspruch rechts.) Ich wiederhole, ein Regiment der Freimaurer, und so lange Sie mir diesen Satz nicht bländig widerlegen, halte ich ihn aufrecht. Die jetzigen Ereignisse in Belgien sind die Schuld der dort zur Zeit Regierenden; und wenn die Herren in Frankreich fortfahren, so zu regieren wie es jetzt geschieht, so werden wir dort noch ganz andere Dinge erleben, als gegenwärtig in Belgien. Es ist bekannt genug, daß unter diesen Völkern die Nachwirkungen der großen Revolution des vorigen Jahrhunderts noch nicht überwunden sind, daß dort die Lehren Rousseau's und Voltaire's noch eine bedeutende Kraft besitzen und genährt werden von den Liberalen und von den Freimaurern. Bekämpft wurden sie nicht von den Konservativen, die dort jetzt in der Minorität sind, und dieser Kampf ist die Fortsetzung des Kampfes gegen die Revolution des vorigen Jahrhunderts, die bekanntlich auch in Berlin mit besonderen Liebhabereien begrüßt wurde, indem von sehr hoher Stelle aus mit den treibenden Elementen dort Verbindungen unterhalten wurden. (Unruhe rechts.) Wenn man so argumentiert, wie es heute der Minister gethan hat, so kann man es mir nicht verargen, wenn ich hier mit voller Offenheit mich ausbreite. Ohne irgendwie die Greuel in Belgien in Schutz nehmen zu wollen, muß ich beklagen, wie jene unglücklichen Arbeiter sich irreleiten und bedrücken lassen, das zu zerstören, worauf sie allein gerade angewiesen sind. Ich habe nicht zu unteruchen, wie weit die dortigen Autoritäten die Schuld an den Vorkommnissen tragen; aber er ist nicht ohne merkwürdigen Zusammenhang, daß gerade in Vütlich, der Vaterstadt des Fräulein Urban, der Zustand begonnen hat. Uebrigens kann der Minister nicht ohne Weiteres aus dem Umstande, daß irgendwo eine Revolution ausbricht, folgern, daß sie auch in einem anderen Lande ausbrechen werde; es ist insbesondere nicht zu verkennen, daß in Belgien nicht die Sozialdemokraten als solche an der Arbeit sind, sondern die Anarchisten. Meine Freunde und ich sind bereit, jede notwendige Maßregel gegen den Anarchismus zu unterstützen. Sehr zweifelhaft erscheint mir die Behauptung des Ministers, daß das, was in Belgien geschehen sei, sich als Folge der dortigen Gesetzgebung darstelle, und daß es umgekehrt eine Folge des Sozialistengesetzes sei, wenn derartige Dinge bei uns bisher nicht vorgekommen sind. Ich glaube, wenn die Sozialdemokratie bei uns in Deutschland einmal zur Gewalt schreiten will, wird sie über das Sozialistengesetz nicht stolpern. Man kann sogar sagen, daß das Sozialistengesetz gerade den Anarchismus fördert; denn es zwingt die Sozialdemokratie, sich in ein gewisses Dunkel zu hüllen, und alle Bewegungen dieser Art, die im Dunkel geschehen, haben den starken Antriebe in sich, in verbrecherische Umtriebe auszuarten. Andererseits wird die Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideen durch dies Gesetz viel mehr erschwert, als gefördert, weil man sie kaum mehr in öffentlichen Versammlungen offen diskutieren kann. Endlich wird das Sozialistengesetz auch nicht allein unannehmbar gefunden von der Sozialdemokratie, sondern vom gesammten Arbeiterstande, auch von den Arbeitern, die ihr vorläufig noch fernstehen; sie finden in dem Gesetz eine ungerechte Beschränkung ihres Wirkungskreises zu Gunsten der höheren Stände (sehr richtig! im Zentrum), und die Sozialdemokraten sind klug genug, gerade dieses Moment für ihre Agitation am meisten auszunutzen. Wie weit die Regierung selbst durch ihr Verhalten die sozialistischen Ideen gefördert hat, theils dadurch, daß sie selbst solche Ideen, soweit sie nur „wissenschaftlich“ ausgesprochen werden, sich aneignet, theils dadurch, daß sie ruhig zuseht, wie in Wort und Schrift unflüchtige und irreführende Dinge verbreitet werden, das will ich heute nicht erörtern. Ich hoffe, meine Ausführungen werden der Arbeiterbevölkerung klar gelegt haben, daß wir bereit sind, dieses Ausnahmengesetz allmählig wieder zu beseitigen. Wir wollen nicht den Zuständen, die einmal durch dies Gesetz geschaffen sind, sofort und jäh ein Ende machen, weil dies ebenfalls gefährlich sein könnte; und ich hoffe, Ihnen durch meine Anträge, die durchaus möglichsind, den richtigen Weg angedeutet zu haben. Weist man unsere Anträge zurück, so wird man dafür die Verantwortlichkeit zu tragen haben. (Beifall im Zentrum.)

Minister v. Puttkamer: Ich erkläre nochmals ausdrücklich: die verbündeten Regierungen halten die Anträge Windthorst für durchaus ungenügend. Der Vorredner sagt, die Regierungen müßten von den Parteien erst auf dem Wege der arbeitserfreundlichen Gesetzgebung angefeuert werden; umgekehrt, die Regierungen marschieren an der Spitze der arbeitserfreundlichen Bewegung, und es wird ihnen nur leider durch die Majoritätsparteien dieses Hauses sehr schwer gemacht, auf diesem Wege fortzuschreiten. (Sehr richtig! rechts.) Wie also Herr Windthorst zu seinem Vorwurf kommen kann, ist mir vollkommen unerfindlich. Er hat denn den fernersten schweren Vorwurf, der sich insbesondere gegen meine Amtsführung richtet, erhoben, daß wir ruhig zusehen, wie in Wort und Schrift unflüchtige und irreführende Dinge verbreitet werden. Weist er denn nicht, daß gerade diejenige Gesetzgebung, die unter seiner Mitwirkung zu Stande gekommen ist, der Machtvollkommenheit der Regierung, der Verbreitung solcher Dinge entgegenzutreten, die allerengsten Grenzen setzt (sehr richtig! rechts), daß aber innerhalb dieser Grenzen die Regierung so energisch vorgeht, wie nur möglich? Wie beschaffen der Zusammenhang zwischen der belgischen Bewegung und der deutschen Sozialdemokratie ist, vermag ich im einzelnen natürlich nicht nachzuweisen; in den Zeitungen habe ich aber allerdings gelesen, daß wesentlich an der Spitze der Arbeiterbewegung Belgiens deutsche Elemente stehen. Wie weit das der

Fall ist, weiß ich nicht. Nach meiner Auffassung trägt auch die wangelhafte Gesetzgebung Belgiens mit die Schuld an den dortigen Vorgängen. Ich setze voraus, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten sich mit großem Eifer verwahren werden, daß sie mit der belgischen Bewegung solidarisch sind; wenn wir Ihnen aber vollen Glauben schenken wollen, dann müssen Sie uns festere Bürgschaften für Ihr Verhalten geben, als bisher. Man weiß die Ihren Ausführungen nie, ob Sie die gewaltthätige Revolution wollen, oder nicht. Ihr offizieller Monitor, den Herr Bebel als solchen selbst anerkannt hat, hat sich in seiner Nummer vom 11. März d. J. nicht geäußert, als er vom Geburtstage der Pariser Kommune sprach, diese letztere lebhaft anzugreifen. Weßhalb? Weil sie zu nachlässig verfahren sei! (Hört! hört!) Herr Windthorst hat dann wieder das Sozialistengesetz gewissermaßen als die Bedammes des Anarchismus dargestellt, was doch völlig den Thatsachen widerspricht, denn vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes war ja die ganze sozialdemokratische Partei, auch in ihrem parlamentarischen Auftreten, eigentlich eine anarchische. Ich erinnere Sie an die Verherrlichungen der Pariser Kommune, die wir damals von Herrn Bebel gehört haben. Gerade in Folge des Sozialistengesetzes hat sich die Haltung der Herren geändert; sie haben den Anarchismus gewissermaßen ausgemauert aus ihren Reden. Ob es gelingen wird, mit dem Gesetz allen Stürmen auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung vorzubeugen, lasse ich dahingestellt; aber das Gesetz ist der Ausfluß einer wesentlichen arbeitserfreundlichen, vorwärtigen Politik, welche die Arbeiter aus den Händen der wilden sozialdemokratischen Agitation befreien will. Das Gesetz ist ein Gesetz für die Arbeiter, nicht gegen die Arbeiter; wir wollen, daß das Urtheil der Arbeiter nicht getrübt werde durch die Agitation von Leuten, die meist kein anderes Interesse haben, als sich an den Streitigkeiten zu mästen. Seit acht Jahren leben wir ruhig unter dem Gesetz; was nach einer etwaigen Abschaffung desselben über uns verhängt wird, das mag Gott wissen; ich aber halte es für die Aufgabe eines patriotischen Volksvertreters, die Regierung gerade jetzt nicht im Stich zu lassen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Hellendorff: Zu meiner großen Verwunderung hat der Abg. Windthorst wieder einmal in seiner bekannten Weise den Kulturkampf in einem Augenblick berührt, wo, wie Jedermann weiß, erste praktische Bemühungen aufgewendet werden, um auf diesem Gebiet allen gerechten Ansprüchen gerecht zu werden und wirklich zu einem Frieden zu kommen. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich diesen Ton von seiner Seite nicht mehr hörte und die Ueberzeugung gewänne, daß er ein ernstlicher Freund dieser friedlichen Bestrebungen wäre. (Ob! im Zentrum.) Es handelt sich bei diesem Gesetze einfach um ausreichende Vollmachten für die Regierung, die Anträge Windthorst aber geben sie ihr nur zu halben Maßregeln, und deshalb sind sie für uns unannehmbar. Wir stimmen unbedingt für die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Die prinzipiellen Gegner dieses Gesetzes sprechen von einem Ausnahmengesetz, das dem deutschen Charakter widerspreche, wie ja auch das Mosopol dem deutschen Charakter widerspreche soll. Mit dem Worte Ausnahmengesetz ist gar nichts gesagt. Wenn man zugleich, daß unsere humanen Gesetze gemißbraucht werden zur Untergrabung unserer Gesellschaftsordnung, dann darf man auch vor Repressivmaßnahmen nicht zurückschrecken. Selbst die prinzipiellen Gegner des Gesetzes haben eigentlich niemals das Bedürfnis, eine derartige Maßregel anzuwenden, gezeugnet, sonst hätten sie, Freisinn und Zentrum, nicht die Abänderung des gemeinen Rechts verlangt. Wer die Aufhebung oder wesentliche Restriktion des Gesetzes will, muß nachweisen, daß das Gesetz entweder unwirksam oder schädlich sei, oder daß ein Bedürfnis nach demselben nicht mehr existirt. Dieser Nachweis ist nicht geführt worden. Daß dieses Gesetz auch gemißbraucht worden ist, soll nicht bestritten werden, aber zweifellos hat es vielen Schaden verhütet. Die Hauptsache bleibt immerhin, daß man unter demselben nicht ohne Noth die Geistes in Bewegung gesetzt hat gegen die unschuldig Verführten, sondern mit aller Schärfe vorgeht gegen die Agitatoren von Beruf. Herr Vierck und seine Freunde sagen, daß sie nicht auf den Umsturz hinarbeiten, sondern die Massen wissenschaftlich belehren wollen. Die Thatsachen stehen damit nicht im Einklang. Von dieser Tribüne hier haben wir oft Reden gehört, welche lediglich ein Appell waren an die Leidenschaften der Massen, und die Erregung von Klassenhaß bezweckten. Die Herren vom Freisinn wollen durch ihre Reden innerhalb der arbeitenden Massen die Gefahren der Sozialdemokratie überwinden. Eigentlich sind beide Parteien prinzipiell geschehen wie Feuer und Wasser. (Sehr richtig! links.) Die Auffassung der freisinnigen Partei von der äußersten Entwicklung des Eigenthumsbegriffs und des Individuums ist das gerade Gegentheil von dem, was die Sozialdemokraten wollen. (Sehr wahr! links.) Wir nehmen ja, wenn man will, die mittlere Richtung ein. (Weiterkeit links, Zustimmung rechts.) Wir glauben, daß diese Entwicklung des Individualismus und des Eigenthumsbegriffs, wie sie uns das römische Recht gebracht, eine Remedur nach der Richtung der germanischen Auffassung erfordert, wonach der Staat, die Gesammtheit, auch für die wirtschaftliche Schwachen einzutreten hat. Wir schämen uns dieser Anschauung nicht, wir vertreten damit eine innerlich begründete Idee. (Beifall rechts.) Wie kommt es nun, daß trotz dieses Widerspruches der Prinzipien Fortschritt und Sozialdemokratie bei den Wahlen und sonst so freudlich zusammengehen? (Abg. Richter: Magdeburg!) Die Erklärung ist einfach. Der Fortschritt wird immer mehr dazu gedrängt, sich auf die Massen zu stützen und ihre Unzufriedenheit lebendig zu erhalten. Nur fürchte ich, und das sage ich als Warnung, daß die Sozialdemokraten sich als bessere Rechner erweisen werden. Denn wenn Sie (links) glauben, mit deren Agitation konfuzieren zu können, so befinden Sie sich in einem großen Irrthum (sehr wahr! rechts, Ruf links: Sozialagitation!) Meine Partei wird für die längere Frist dieses Gesetzes stimmen, um die sonstigen Verhandlungen über dieses Gesetz, welche doch nur als Agitationsmittel benutz werden, zu vermeiden. Ich vermute sogar, daß Niemand unglücklicher wäre, wenn dieses Gesetz aufgehoben würde, als die Herren Sozialdemokraten selbst (Unruhe links), wie ich überhaupt den Verdacht habe, daß es viele tapferere Männer in diesem Hause giebt, die gegen das Gesetz stimmen werden, weil sie der festen Ueberzeugung sind, daß es doch angenommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Segelst: Die polnische Fraktion wird gegen jede Verlängerung dieses Gesetzes stimmen. Obgleich den Sozialdemokraten wegen ihrer Unterstützung zu großem Danke verpflichtet, verdammen wir die Lehren der Sozialdemokratie als schädlich und gefährlich für Staat und Kirche und im Widerspruch stehend mit dem von uns vertretenen uns heiligen Nationalitätsprinzip, an welchem der sozialdemokratische Ansturm bei uns bisher abgeprallt ist. Wir bekämpfen aber dieses Gesetz als Ausnahmengesetz und weil es mehr schadet als hilft. Aufhebung des Kulturkampfes, aber für alle Provinzen, Beseitigung der Sonntagsarbeit, überhaupt moralische Hebung des Arbeiterstandes, machen ein solches Gesetz überflüssig.

Abg. Bebel: Daß Herr Segelst uns revolutionärer Bestrebungen beschuldig, nimmt mich gerade von dem Vertreter der Polen Wunder; wer selbst im Glasause sitzt, sollte doch nicht mit Steinen werfen! Im Uebrigen haben wir für die Polen weiter gar keine intimen Sympathien; uns trennt von ihnen ein ebenso weiter Raum, wie von allen anderen Parteien. Mit Herrn von Puttkamer halte ich nun dafür, daß Windthorst und seine Partei nach seiner heutigen Rede gegen das Gesetz stimmen müßte (sehr richtig! links); um so mehr muß es uns auffallen, wenn er ein milderes, abgeschwächtes Uebergangsstadium beifürwortet. Vor zwei Jahren schon haben wir dieselben Anträge hier verhandelt und schließlich zurückgehen lassen; soll sich dasselbe Spiel jetzt

wieder vollziehen? Unzweifelhaft wird der Vorgang derselbe sein, wie vor zwei Jahren. Gegen ein Gesetz, das gegen uns selbst gerichtet ist, werden wir selbstverständlich stimmen, gleichviel in welcher Form es angenommen wird, und da nach den Kommissionserhandlungen die Anträge Windthorst gar keine Aussicht haben, so heißt deren Verhandlung eigentlich nur unsere Zeit vertödeln und dem Volke Sand in die Augen zu reuen. Nach meiner Ueberzeugung wird das Gesetz in der Gestalt, wie die Regierung es verlangt, unter allen Umständen die Mehrheit erlangen, und das Zentrum wird diese Mehrheit stellen, die gestellten Amendements bezeichnen lediglich die Rückzugslinie, welche den Wählern des Zentrums gegenüber aufrecht erhalten werden soll. Der einzig korrekte Schritt, sich auf keine Abschwächung des Ausnahmengesetzes einzulassen, sondern dagegen zu stimmen, um es zu Fall zu bringen, paßt Ihnen gerade am allerwenigsten, denn Sie sind innerlich mit dem Gesetz einverstanden und wünschen seine Aufrechterhaltung. (Widerspruch im Zentrum.) Das ist meine Ueberzeugung, die Abstimmungen werden es beweisen. Wie sind die Herren vom Zentrum, als die Ausnahmengesetze gegen sie gemacht wurden, gegen diese Gesetze angegangen? Was haben nicht Herr v. Mallindrodt und Graf Ballestrem, derselbe, der vor fünf Jahren die unveränderte Verlängerung des Sozialistengesetzes empfahl, an Entwürfsausdrücken geleistet? Achtungsgesetz, Proskription, Beseitigung des Unterganges der Freiheit, Mißgeburd von einem Gesetze! Alles das paßt auch vortrefflich auf das Sozialistengesetz. Graf Ballestrem sprach von der schiefen Ebene der Willkürmaßregeln. Er findet er sich heute nicht gleichfalls auf dieser schiefen Ebene? Auch für das Zentrum gilt der Satz, daß der Zweck die Mittel heiligt; die Herren wollen ja, wie es heißt, in corpore für den Antrag Vertling auf zweijährige Verlängerung stimmen. (Abg. Radt: Nicht wahr!) Das Odium für die Verlängerung wird lediglich auf das Zentrum fallen; das möge den Zentrumswählern klar werden! Um die Entscheidung zu beschleunigen, werden wir uns der Abstimmung bei den Amendements enthalten. Die Anträge Windthorst sind nur eine scheinbare Konzeption, auch nach Annahme derselben wird auf § 9 und des § 9 des Gesetzes eine Versammlung in jedem Stadium wirklich aufgelöst werden können. Das habe ich vor Kurzem hier in Berlin erfahren. Ich sprach in einer Versammlung über Sozialreform in mehr lehrhaftem als populärem Ton; und als ich erzählte, daß in einzelnen Textilindustrie-Bezirken bereits vielfach die Frau den ganzen Tag in der Fabrik arbeite, während der Mann arbeitslos sei, sprang der Polizeikommissar auf und erklärte auf Grund des erwähnten § 9 die Versammlung für aufgelöst. Die erhobene Beschwerde wurde vom Polizeipräsidium für unbegründet erachtet. Die Willkür, mit der der § 9 gehandhabt werden kann, ist das Gefährlichste und Verabschauerungswürdigste dabei. Solche Maßnahmen müssen Erbitterung in die Massen tragen. (Ruf: Keineswegs!) Die erwähnte Versammlung war im ersten Moment nach der Schließung wie gelähmt; nach wenigen Sekunden aber gab sich die Entrüstung und der Unwille derselben in stürmischen Ovationen für meine Person und meine Partei hergestalt kund, daß ich mit diesem Erfolg nur zufrieden war. (Rufe rechts: Dann seien Sie doch zufrieden!) Wir wollen aber unter das gemeine Recht gestellt sein; die Richter haben uns ja ebenfalls nie mit Milde behandelt. Außerdem sollen auch nach den Anträgen Windthorst die öffentlichen Aufzüge verboten bleiben, unter die auch die Leichenbegängnisse fallen. In Frankfurt hat sich die Polizeiwilktür auf Radtste gejeigt. Als dort kürzlich ein unbekannter Tischler starb, der einer Krankenkasse angehörte, welche in ihrem Statut bestimmt hatte, es sollten mindestens 50 Mitglieder der Beerdigung betheiligen, da verbot die Polizei die Betheiligung daran und wachte dies durch große Plakate bekannt. In Folge dessen eilten natürlich Tausende, um jene stille Leiche wenigstens von fern zu beobachten. (Brischenrufe rechts.) Wir wollen keine Demonstrationen; wir wollen wie alle anderen Staatsbürger behandelt werden. Was die Anträge des Herrn v. Puttkamer bezüglich des „Sozialdemokrat“ betrifft, so erwidere ich, daß dieses Blatt bei Besprechung der Pariser Kommune entwickelt hat, wie nach seiner Meinung die Sozialdemokratie Frankreichs hatte handeln müssen, wenn sie einmal in die Zwangslage gesetzt war, den Aufstand von 1871 vorzunehmen zu müssen. Sehr interessant ist, daß Herr Söder derselbe Artikel i. J. die Gelegenheit gab, auf die Verbindung der Sozialdemokratie mit den Juden hinzuweisen (große Heiterkeit links); denn wenn sie mit diesen nicht in engem Zusammenhange gestanden hätte, würde sie vor den Geldstrafen des Herrn Rothchild nicht Halt gemacht haben. Herr v. Puttkamer führt aus, das Gesetz sei noch notwendig, um die Unterwerfung der Arbeitseinstellungen zu dämpfen, um zu verhindern, daß die Agitatoren sich von den Streikmassen mästen. Was würde er sagen, wenn ich ihm vorhielte: er und seine Genossen mästeten sich aus den Staatskassen. (Sehr gut links.) Er würde das voller Entrüstung als Beleidigung zurückgewiesen haben. Ebenso weise ich seine Behauptung so lange als verleumdend zurück, bis er den Beweis dafür erbringt. (Beifall links.) Im Gegentheil macht sich in den Arbeiterkreisen die Sparsamkeit oft in der kleinlichste Weise geltend. Daß Mißbrauch mit dem zusammengekauften Gelde dennoch vorkommt, soll unbestritten sein. Wollten wir eine Liste aller Uebelthäter in dieser Richtung zusammenstellen, das Register auf Ihrer Seite würde unendlich länger werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nun war ja voranzufügen, daß sich die Regierung die ausgezeigte Gelegenheit, auf die Unruhen in Belgien hinzuweisen, nicht entgehen lassen würde. Es ist merkwürdig, die Reichsregierung hat das Glück, daß regelmäßig, wenn das Sozialistengesetz in Frage kommt, irgend was passiert (Weiterkeit), und es genügt ihr dann, dies auszunutzen. Es giebt ja kein wirksameres Mittel, um auf die Klasse der Ungebildeten, namentlich auf die besitzenden Klassen, die Billiter, die Bourgeoisie zu wirken, als das Ausmalen des rothen Spensiers. Herr v. Puttkamer ist ja nicht so weit gegangen, zu behaupten, daß bei diesen Vorgängen in Belgien deutsche Sozialdemokraten irgendwie maßgebend thätig gewesen seien. Ein solcher Zusammenhang ist auch nicht nachzuweisen, denn wir haben mit jenen Leuten keine näheren Beziehungen und sind außerdem von den Vorgängen ebenso überfahrt, wie Sie. Welche Gründe haben denn jene bedrohlichen Ereignisse hervorgebracht? In Belgien herrscht unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht und Pressefreiheit, aber ebenso ist es Thatsache, daß der belgische Arbeiter mehr als anderswo in Europa von der Mitwirkung an öffentlichen Arbeiten ausgeschlossen war und ist. Das Wahlrecht besitzen in Belgien nur 140000 Wähler, nur 2½% der Bevölkerung. Es ist ein hohes Jenseitswahlrecht, welches der Bourgeoisie unbeschränkte Herrschaft verleiht. Ob die liberale oder ultramontane Bourgeoisie zur Herrschaft gelangt die Lage der Arbeiter bleibt immer dieselbe. Nirgend ist Frauen- und Kinderarbeit so schauerhaft verbreitet, wie in Belgien, in seinem katholischen Lande ist der Mißbrauch der Sonntagsbetheiligung so stark, wie dort. Die Massen sind des ewigen Druckes, der ewigen Ausbeutung mäde geworden und waren zu Gewaltthatigkeiten getrieben, wenn die herrschenden Klassen all und jeder Bestrebung auf Verbesserung ihres Looses sich feindselig gegenüberstellen. Von einer Revolution ist keine Rede, es ist eine ganz gewöhnliche Revolte (Gelächter rechts), mit Nothwendigkeit hervorgerufen durch das tiefe Elend, die tiefe Noth, die große Unzufriedenheit des Volkes. Das ist ja die Sache der Katholiken, die jetzt in Belgien herrschen, daß sie jeden Versuch der Volksaufklärung wieder beseitigt haben. Uebrigens haben wir in Deutschland nur in den gut katholischen Bezirken Oberschlesien, in Bader und Königsrüte, etwas Aehnliches erlebt, daß die ausgejoggene Bevölkerung auf dem Wege der Revolte

ih
get
dem
Zeit
um
3-
geb
sch
sch
(Be
sein
la.
Dg
form
Zeit
Verg
Arbe
im
die
der
daß
mit
So
So
sie
gepl
wie
Gule
verbr
Geld
nicht
Weg
groß
sch
das
geleg
Gew
außer
Befr
Ges
rung
re ist
100
word
gen
liber
sollen
und
das
Rebe
wenig
mal
rech
dung
das
mus
fabr
Roth
kläre
inaug
thätig
Die
aller
rech
einer
solch
system
arbeit
führen
ähnlich
bewah
Arbei
Sie.
beiter
viele
Parte
schlie
ersch
den
Reich
Bezug
wieder
ist ein
widel
eine
einneh
Bran
darauf
zu ma
soziale
angebe
Grund
den
art, d
gehen
soziale
wird
schlie
Gerade
Bezug
Gesetz
das
wenn
diesem
Sozial
1881
überbr
über
bem
Ansch
Er sag
bestreit
Zaren
vorgele
ein sel
kraten),
list.
wunder
Umstän
Und ich
bendell
vernick
ordnun
Bevolle
Soziald
Zwang
Soziald
Verlan
batte
Abg.
treten
es nicht
voanber
fähige,
verzeite
eine
macht, i

Ihr Heil suchte, bis sie durch die Kavalleriesäbel auseinander getrieben wurde. Ja, ich habe die belgische Bourgeoisie in dem Verdacht, daß sie mit Absicht und Vorbedacht von Zeit zu Zeit ein derartiges Blutbad anrichtet (große Unruhe rechts), um jede Reform hintanzuhalten. Es ist in den letzten 16 Jahren bereits das fünfte oder sechste Mal; alle paar Jahre geschieht eine solche Revolte und wird von den herrschenden Klassen provoziert, von der Staatsgewalt. (Wegen dieses Ausdrucks ruft Präsident von Frankreich den Redner zur Ordnung.) Ist es denn nicht erlaubt, die belgische Staatsgewalt hier anzugreifen? Das Organ der belgischen Jansenischen Fortschrittspartei, die "Reform", erzählt, daß die Arbeitslöhne in Charleroi in letzter Zeit stets mehr herabgesetzt seien, während sich die Renten der Bergwerksbesitzer jährlich gehoben hätten; und während die Arbeiter im glücklichstem Glend waren, schwelgten die Herren im Uebelschick; daß ferner bei der Ankunft des Militärs die reichen Bourgeois zu ihrem Vergnügen vor den Fronten der Arbeiter die Offiziere zu sich zu Tisch luden (Nachen rechts); daß das Militär sehr provozierend auftritt und die Offiziere mit Revolvern in die Häuser auf ruhige Zuschauer schossen. So erklären sich sehr einfach die dortigen Ereignisse. Die Sozialdemokratie hat nichts damit zu schaffen; in Gent, wo sie sich organisiert hat, ist es ganz ruhig geblieben. Am meisten geklänert wurden auch gerade die Särlächer- und Bäckerläden, wie es etwa im Jahre 1845 von den hungernden Weibern im Eulengebirge geschah. Wenn in Belgien aufstehende Brotschüren verbreitet werden zu Hunderttausenden, woher kommt denn das Geld dazu? Aus Deutschland oder aus Belgien nicht. Auch ist es nicht staatsgefährlich, wenn man den Arbeitern rät, sich auf dem Wege der Gewinnung politischer Rechte ihren Einfluß zu vergrößern. Wenn je ernsthaft versucht werden sollte, die deutschen Arbeiter um ihre politischen Rechte zu bringen, so wäre das sicher der Weg zur Revolution; und neue Ausnahmengesetze würden nur dem Anarchismus in die Hände arbeiten. Bewußt würden sich sehr hochgestellte Leute in Deutschland außerordentlich freuen, wenn die deutsche Sozialdemokratie dem Beispiel von Charleroi folgen würde; wir werden ihnen den Gefallen nicht thun. Meine Rede zum Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode war gewiß nicht staatsgefährlich, sie ist in Hamburg-Altona, wo Belagerungszustand herrscht, in 100 000, in Dresden in mehr als 30 000 Exemplaren verbreitet worden, und keine Polizeibehörde hat Anlaß zu einem Verbot genommen. In diesem Falle war also die deutsche Polizei weit liberaler als die Herren von Goldschmidt und Genossen. Nun sollen wir wieder einmal um jetzt einer ganz anderen Haltung und Redeweise befähigen als früher. Ich bestreite das auf das Allerentschiedenste. Herr v. Buttikamer erinnert an die Rede, die ich 1881 bei der Beratung des Sozialistengesetzes wenige Tage nach der Ermordung des Katen gehalten. Damals habe ich den Fürstenmord nicht verherrlicht (ja wohl! rechts), ich habe damals im Anschluß an die Ausführung des "Sozialdemokraten", daß ein System, wie das in Rußland herrschende, mit Nothwendigkeit den Mißständen geboren habe und mit Nothwendigkeit zu Gewaltthaten führen müsse, erklärt: Ja wohl, ein solches System muß mit Nothwendigkeit dahin führen. Ja, ich stehe nicht an zu erklären, daß, wenn Sie in Deutschland ein gleiches System inaugurieren sollten, dieses auch bei uns zu solchen Gewaltthatigkeiten führen muß. (Abg. v. Kleist-Regow ruft: Die deutsche Monarchie!) Die deutsche Monarchie wird dann allerdings getroffen werden, Herr v. Kleist-Regow (Hört, hört! rechts), ich trage gar kein Bedenken, zu sagen, daß ich dann einer der Ersten wäre, der die Hand dazu böte; denn einem solchen System gegenüber sind alle Mittel erlaubt! Eine so systematische Unterdrückung, Ausbeutung und Ausraubung der arbeitenden Klassen muß überall zu denselben Resultaten führen. Sie haben alle Ursache, uns in Deutschland vor ähnlichen Wirkungen eines ähnlichen politischen Systems zu warnen. Wenn Sie glauben, bessere Wirkungen unter den Arbeitern zu erzielen, indem Sie das Gesetz verewigen, so irren Sie. Dann würde die Verewigung in jedem einzelnen Arbeiter eine vollständige sein, und bei der Unmöglichkeit, so viele Sozialdemokraten in das Parlament zu schicken, daß diese Partei die ausschlaggebende werden könnte, würde ihnen schließlich Allen der Appell an die Gewalt als letzte Waffe erscheinen. Ist Herr v. Buttikamer's Anschauung die richtige, dann muß auch das Wählen sozialistischer Abgeordneter zum Reichstage verboten werden. So führen Sie Ihre Ideen in Bezug auf die Sozialdemokratie selbst ad absurdum. Ich wiederhole, was ich schon oft erklärt habe, die Sozialdemokratie ist ein nothwendiges Produkt der ganzen modernen Entwicklung, und ich muß es zurückweisen, daß die Konservativen eine Mittelstellung zwischen uns und den Deutschfreisinnigen einnehmen wollen. Die konservativen Bestrebungen mit ihrer Branntwein-, Jucker-, Zoll- und Steuerpolitik gehen lediglich darauf hinaus, die Armen noch ärmer, die Reichen noch reicher zu machen. Wenn wir Sie erst veranlaßt haben, den Weg sozialer Reformen einzuschlagen, dann liegt es doch nahe, zu sagen, weshalb das Gesetz alle Aussicht hat, zu einer dauernden Institution zu werden. Die Verhältnisse liegen jetzt derart, daß es auf dem ökonomischen Gebiete nicht mehr so weiter gehen kann, und wird das noch so schneckenartige Tempo der sozialen Reformen nicht bald ganz bedeutend lebhafter, dann wird der Fortschrittsprozess sich noch rascher vollziehen und schließlich werden die Ereignisse über Sie hinwegschreiten. Gerade das Bewußtsein Ihrer absoluten Ohnmacht in Bezug auf Sozialreformen bringt Sie dazu, die Verewigung zu verewigen. Es wird stehen, so lange wie das gegenwärtige System im Deutschen Reich existirt und wenn das System unfähig geworden ist, dann wird es mit diesem zugleich zusammenbrechen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Buttikamer: Herr Bebel hat allerdings 1881 die Verewigung des Fürstenmordes geführt; er hat sie allerdings mit etwas bebender Lippe und bleichem Antlitz geführt (Nachen bei den Sozialdemokraten), wohl weil er unter dem Eindruck stand, daß er etwas sagte, was den Gesamtschauungen und Gefühlen des ganzen Hauses widersprach. Er sagte damals, daß er nicht die Richtigkeit der Ausführungen bestritte, die der "Sozialdemokrat" über die Ermordung des Katen Alexander gemacht hatte. (Abg. Bebel: Bitte die Stelle vorzulesen!) Der hochselige Kaiser Alexander war doch gewiß ein sehr humaner Herr (Auf: Nann! bei den Sozialdemokraten), und jene Bemerkungen waren von grenzenloser Frechheit. Aber heute brauchen wir uns darüber nicht mehr zu kümmern; heute hat Herr Bebel erklärt, daß er sogar unter Umständen für die gewaltthätige Beseitigung der Monarchie sei. Und eine solche Partei beansprucht nach gemeinem Recht handlung zu werden? Eine Partei, die Staat und Monarchie vernichten will, die ausspricht, daß sie außerhalb der Rechtsordnung stehe, verlangt den freien Gebrauch der Rechte und Verewigung der übrigen Staatsbürger? Für diese Form der Sozialdemokratie ist der einzige Platz unter der strengen Herrschaft des Sozialistengesetzes! (Nachen bei den Sozialdemokraten und links.) Ich befenne auch offen, daß ich persönlich die Verantwortung für die Auflösung jener Berliner Versammlung, wo Herr Bebel sprach, übernehme. Herr Bebel hatte seit acht Jahren niemals öffentlich in Berlin reden dürfen. (Abg. Bebel: reden wollen!) Als ich hörte, daß er hier auftreten wollte, habe ich mit dem Polizeipräsidenten erwoogen, ob es nicht möglich sei, die Versammlung auf Grund des § 9 von vornherein zu verbieten. Herr Bebel ist bekannt als der schlaueste, berechnendste, aber auch gefährlichste (Abg. Singer: und verebteste!) aller sozialdemokratischen Agitatoren, und ich fürchte, seine Verebtheit und den Eindruck, den sie auf die Massen macht, in dem Maße, daß ich die Pflicht jener Erwägung er-

füllen mußte, denn in diesem Sinne soll auch die Person des Redners einer vorgängigen Prüfung unterliegen. Ich habe mich dafür entschieden, die Probe machen zu lassen, und erlerne an, daß der Abg. Bebel in maßvollen Formen gesprochen hat; aber der Grundzug seiner Deduktionen war derselbe, den er heute leidenschaftlicher und energischer vertreten hat. Der Eindruck seiner Rede, ja seines bloßen Erscheinens, war ein so elektrisirender, so fanatisirender, daß die Auflösung, wenn sie auch vielleicht nicht beim richtigen Sage erfolgt ist (Nachen links), zweifellos erfolgen mußte. Herr Bebel hatte allen Symptomen nach erzielt, was er beabsichtigte, agitatorischen Stoff unter das Volk zu werfen (Abg. Bebel: Ja danke Ihnen für die Reklame!), und so lange ich darüber zu befinden habe, wird Herr Bebel in Berlin außer von dieser Tribüne nicht mehr sprechen. In Frankfurt ist ja allerdings die Verurteilung einiger Polizeibeamten erfolgt; ich lege keine Kritik an das richterliche Urtheil (Auf links: Na, das fehlte auch gerade noch!), ob es nicht übermäßig hart war, ob nicht mildernde Umstände statthaft waren; jedenfalls — und das ist die Hauptsache — war das Gesetz mehrmals übertritten, das Verbot des Tragens revolutionärer Absichten, das Verbot der Redenhaltung am Grabe war übertritten, ein Redner aus Mainz ausdrücklich verurtheilt worden (Auf bei den Sozialdemokraten: Unwahr!) Mit solchen Dingen fängt man an, mit Revolten hört man auf. Wenn man angeht die erschütternden Ereignisse in Belgien ruhig die Behauptung aufstellen könnte, daß die Bourgeoisie die Anstifterin sei, dann verweise ich an der politischen Berechnungsfähigkeit Derer, die solche Behauptungen aufstellen. Die Nordbrunnereien der Auftrüher überschreiten alles Maß. (Auf links: Uebertreibung!) Ueber seine Stellung zu jenem Artikel betreffs der Kommune hat auch heute Herr Bebel sich nicht genügend ausgelassen.

Abg. Stöcker: Seit geraumer Zeit diskutieren wir mit den Sozialdemokraten darüber, ob sie sich von den Anarchisten unterscheiden. Was heute der Abg. Bebel gesagt hat, war theoretischer Anarchismus. (Sehr richtig! rechts.) Die Aussicht, als ob es sich nur um eine politische Kritik alter vergangener Ereignisse handle, ist fadenförmiger als Spinnweben. Wenn die Herren so thun, als ob der Anarchismus etwas von ihren Ideen himmelweit Verschiedenes wäre, so spekulieren sie entweder auf die Unkunde oder die Vergesslichkeit der politischen Welt. (Sehr gut! rechts.) In der französischen Zeit stand in einem Berliner Blatt das Lied: Die Aristokratie an die Vaterne! Als in Rußland die Nihilisten mordeten, wurde der Wera Saffulisch ein Loblied gesungen bei uns, noch dazu von einer Frau. Nachen Sie uns doch keine Sachen vor. (Heiterkeit.) Ihr Führer Marx sagt an einer Stelle seines Buches, die Waffen der Kritik haben die Kritik der Waffen nicht ersetzt, und als einmal österreichische Arbeiter sagten, sie wollten in Frieden mit allen Parteien ihre Interessen fördern, da stand in einem Berliner Blatt, daß sei Verrath an der Arbeitersache. Das ist Anarchismus, und darüber muß das deutsche Volk Klarheit haben. (Unruhe links.) Welches Recht haben die Sozialisten, hier sich als Vertreter der deutschen Arbeiter aufzuspielen? Sie sind die Vertreter der revolutionären, der irreligiösen Arbeiter, nicht der Arbeiter überhaupt. 600 000 Arbeiter, darunter viele Irreführer, vertreten Sie. Millionen von Arbeitern haben für andere Parteien gestimmt. Auch Ihren Ideen nach vertreten Sie nicht die Arbeiter, und was Ihre demokratischen Tendenzen betrifft, so ist der nicht irreführte Arbeiter in den Städten monarchisch bis ins Herz, bis in den letzten Knochen. (Heiterkeit links.) Sie thun immer so, als ob man nur das Etiquet Arbeiterfreund auf Ihren Rücken neben braucht, um Arbeiterfreund zu sein. (Abg. Bebel: Das thun Sie!) Nach unterm Almanach befinden sich unter Ihnen 4 wirkliche Arbeiter, 8 Journalisten und 6 Arbeitergeber. Sind Sie Vertreter der Arbeiter? Dasselbe sagte: zwei Dinge hasse ich: Journalisten und Juden, leibet dir ich beides. (Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob Sie noch heute leider sagen: Die Herren haben ja seit einem Jahre hier in Berlin den Nothschrei der Mäntelherinnen gehört. Die Lage dieser Mäntelherinnen ist nicht besser als die Lage der Leute in Belgien. Sie verdienen 0,75 bis 1,25 M. Nun sitzt ein Mann in unserer Mitte, der hunderte von diesen Mäntelherinnen, um in Ihrem Jargon zu reden, ausbeutet, und dieser Herr steht an seinen Rücken das Etiquet Arbeiterfreund. Dabel deutet er die armen Mäntelherinnen aus, wie man nur in Belgien ausbeutet. Ist die Ausbeutung dieser armen Geschöpfe, für die ich das tiefste Mitleid habe, eine schlechte, dann darf am allerwenigsten ein Sozialdemokrat, der sich als Held und Palladin der Arbeiter aufspielt, sie als Arbeitgeber in seinem Geschäft leiden. Das müssen auch Israeliten zugeben. Das wird endlich auch unserm deutschen Michel zum Bewußtsein kommen. Ein solcher Mann wird ihm, nehmen Sie mir es nicht übel, nicht als historische Erscheinung vorkommen, sondern als eine komische Figur. (Abg. Bebel ruft: Sie sind ein Narr! Der Präsident ruft den Abg. Bebel wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.) Soviel ist gewiß, daß unter dem Sozialistengesetz das Volk darüber klar geworden ist, was auf sozialistischem Gebiete böse und gut ist. Ihre Literatur wird jetzt hineingeschmuggelt, und wer es lieft, weiß, daß er damit gegen das Gesetz sündigt. Auch Ihr Ton in der Debatte, Herr Bebel nehme ich an, ist ein ruhiger, sachlicher geworden. Herr Bebel hat heute seiner Sache keinen Dienst geleistet. Das ist richtig; es liegt in unserer Zeit ein Zug der Uebertreibung des Individualismus und des Rancheitums entgegenzutreten. Auch wir Konservativen wollen nicht die Uebertreibung des Eigenthumsbegriffs. Darum stehe ich in der antikapitalistischen Bewegung. Daß das Judentum auf Seiten des Kapitalismus ist, wird Niemand leugnen, nicht einmal die Israeliten, die hier im Hause sind. Die Millionäre und Milliardäre bei einer solchen konfessionellen Minderheit sind nichts Befunderes für das öffentliche Leben. Aber auch dagegen würde ich nicht aufgetreten sein, das liegt nicht in meiner Art zu denken, wenn nicht aus dem Judentum zugleich alle diese schützenden, aufhebenden, revolutionären Kräfte kämen, die den Kapitalismus auf der einen und den Umsturz in der anderen Hand haben. Das kann keine Nation vertragen. Das ist eine Vertheilung des öffentlichen Lebens, die gen Himmel schreien muß. (Sehr richtig! rechts.) So ist es nicht bloß bei uns, so ist es überall. Während der nihilistischen Bewegung in Petersburg fragte der russische Minister den Rabbiner, wie es komme, daß die Juden an der nihilistischen Bewegung mit einem so hohen Procentsatz theilhaftig wären. Er brauchte ihm nicht zu fragen. Das Judentum hat in weiten Kreisen eine Position eingenommen, welche die Grundlagen des Bestehenden erschüttert. Herr Bebel verlangt, daß man seine Partei unter das gemeine Recht stelle, aber den Pflichten des Bürgers will er seine Partei nicht unterstellen. Wenn ihm alle Mittel recht sind, provoziert er damit nicht ein besonderes Gesetz zum Schutz der übrigen Bürger gegen die Gewalt? Herr Windthorst macht der Regierung einen Vorwurf, daß sie hartnäckig an allen Einzelheiten des Sozialistengesetzes festhalte. Die Vorgänge in Belgien sollten ihn doch darauf hinführen, daß es eine Schwäche der Regierung wäre, gerade in diesem Moment nachzugeben. Nicht starke Regierungen, die den Muth haben, ihre Pflicht zu thun, sondern schwache Regierungen sind die Mütter der Revolution. (Unruhe.) Vor einer solchen schwachen Regierung behüte uns Gott in alle Zukunft. (Auf bei den Sozialdemokraten: in Ewigkeit Amen!)

Präsident v. Wedell: Biedorff: Ich muß in den Worten, welche Herr Bebel eben gesprochen, ein Blasphemie erblicken und rufe ihn deshalb zur Ordnung.
Abg. Bebel (zur Geschäftsordnung): Ich habe es nicht gesagt.

Präsident v. Wedell: Dann bitte ich Denjenigen sich zu melden, der die Worte gebraucht hat.
Abg. v. Bollmar: Mit Vergnügen, ich habe es gethan; ich wollte nur im Hibelton des Herrn Stöcker fortfahren.
Präsident v. Wedell: Dann rufe ich Sie zur Ordnung. (Abg. v. Bollmar: ich danke.)
Abgeordneter Stöcker (fortfahrend): Ich habe nicht im Kangelton gesprochen. Soweit sind wir doch nicht gekommen, daß man Gottes Wort nicht im Ernst in den Mund nehmen kann. Herrn Windthorst bemerke ich, daß auch wir die kirchliche Freiheit wollen, soweit sich dieselbe verträgt mit der Autorität des Staates. Aber die katholische Kirche hat in Belgien nichts gegen die Unruhen ausdrücken können. In diesem fast durchweg katholischen Lande steht der Sozialismus in der größten Blüthe. Die katholische Kirche hat dort ein fürchterliches Fiasco gemacht. (Unruhe im Centrum.) Jene Mißerfolge werden hoffentlich Herrn Windthorst bewegen, um künftig mit ausdringlichen Rathschlägen zu versehen. Die katholische Kirche ist gewiß eine soziale Großmacht, als solche muß sie aber den Frieden suchen und nicht den Hader. Auch ich bin nicht für das Freimaurerthum eingenommen. Aber für Herrn Windthorst und viele Andere ist dasselbe ein Gelpensst. Hat sich denn die katholische Kirche in Belgien der Arbeiter wirklich so sehr angenommen? Nach den Berichten der Handelskammern werden dort Kinder von 6 Jahren an bei schlechten Löhnen zur industriellen Arbeit angehalten. Wenn demgegenüber in einer katholischen Keuse es als eine Großthat hingestellt wird, daß eine jede Arbeiterin in der Woche eine Stunde Unterricht erhält, so ist das etwas stark. Sie können sich nicht wundern, daß unter einem solchen Patronat der Kirche solche Revolten ausbrechen. Ich möchte die Herren vom Centrum bitten, nicht bloß an die Regierung ihre Mahnungen zu richten, sondern auch an ihre Glaubensgenossen in Belgien, welche sich von Ihnen wohl eine Wahrheit werden gefallen lassen. Seien wir alle einig in der Stärkung des monarchischen Moments. Vom erleuchteten Königthum ist eine Kraft der Sozialreform ausgegangen, weil sie bisher keine Demokratie, keine Republik aufzuweisen hatte. (Beifall rechts.) Was an Ihren Vorschlägen brauchbar ist, haben Sie von Anderen gelernt, was Sie aus sich haben, können wir nicht brauchen (sehr gut! rechts). Die soziale Frage ist nicht durch die Religion allein zu lösen, aber auch nicht ohne die Religion. Nehmen Sie die Anträge Windthorst ab, welche die Waffen, die wir der Regierung geben wollen, nur abstumpfen würden (lebhafter Beifall rechts, Fischen links.)

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.
Abg. Cegielski verwarft sich und seine Landsleute gegen den Vorwurf Bebel's, daß auch sie Revolutionäre seien, ein Vorwurf, der ihnen in neuester Zeit aus Gründen der Parteitaktik vielfach gegen besseres Wissen gemacht werde.
Abg. Singer: Herr Stöcker hat von einem sozialdemokratischen Abgeordneten gesprochen, der zwar die Arbeiterfreundlichkeit auf dem Rücken trage, aber doch zugleich seine eigenen Arbeiterinnen ausbeute. Da diese Schilderung nur auf meine Person gehen kann, so erkläre ich, daß er die ihm vor Gericht attestirte Wahrheitsliebe auch hier wieder bewiesen hat. Was er von mir, von der Behandlung meiner Leute gesagt hat, ist eine verleumderische Behauptung. (Präsident: Ich rufe den Redner zur Ordnung. Rufe bei den Sozialdemokraten: Stöcker nicht?) Ich konstatire, daß diese Behauptung schon deshalb unwahr ist, weil ich keine direkten Beziehungen zu Mäntelherinnen habe. Alle diese Vorwürfe sind mir sonst bekannt geworden aus dem Munde der wüsten Elemente, die Herrn Stöcker in seinen Versammlungen zu umgeben pflegen. Ich habe darauf einige Mitglieder der Schneiderinnung Einsicht in meine Geschäftsbücher nehmen lassen und dieselben haben öffentlich erklärt, daß die Behauptung, ich zahle niedrigere Löhne als die anderen Mäntelgeschäfte, lägerlich sei. Ich weise daher auch die Vorwürfe des Herrn Stöcker, soweit sie meine Person betreffen, zurück. Dabei erinnere ich mich des Wortes eines alten Philosophen (Rufe rechts: Persönliche Bemerkung). Derselbe erwiderte auf die Frage, was die Urtheile eines Menschen werth seien: Gerade soviel, wie dieser Mensch selbst. Herr Stöcker trägt gar kein Bedenken der Arbeiterfreundlichkeit auf dem Rücken, aber das Brandmal auf seiner Stirn. (Große Unruhe rechts. Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Bebel: Herr v. Buttikamer und Herr Stöcker haben meine Bemerkung bezüglich der Monarchie dahin ausgelegt, als ob ich gesagt hätte, daß die deutsche Monarchie mit allen Mitteln zu bekämpfen sei. Ich habe nur gesagt, daß, wenn in Deutschland die Monarchie zu ähnlichen Mitteln griffe, wie es die russische gethan, ich auch in Deutschland einen ähnlichen Kampf für angemessen hielte. Das ist für einen ehrlichen Menschen genug. Im Uebrigen bitte ich Herrn v. Buttikamer mich in Zukunft besser zu verstehen.

Abg. Stöcker: Herr Singer konnte seine Bemerkungen, die ihm übrigens nicht gut bekommen sind, nur machen, weil er sich mir gegenüber fortwährend Unnahebehalten erlaubt hat. Ich habe nicht gesagt, daß Sie Ihren Arbeiterinnen weniger zahlten und, wenn ich von einer Ausbeutung der Arbeiter sprach, so geschah das, um mich Ihres Jargons zu bedienen und in Erinnerung einer Mittheilung, die seit Jahren unwiderprochen durch die Presse gegangen ist. Herr Singer leugnet, Beziehungen zu den Arbeiterinnen zu haben, im Almanach aber bezeichnet er sich selbst als Besitzer einer Damenmäntelfabrik. Seine Einwendungen sind nur komischer Natur, sie können nicht den geringsten Eindruck machen. Wenn Herr Singer weiter noch zu dem Mittel böswilliger Leute gegriffen und hier an unliebame Prozesse (Hört! hört! links) erinnert hat, so kann ich nur erklären, daß ich als konservativer Mann, um nicht auf die Gerichte einen Schatten zu werfen (Nachen links, Zustimmung rechts), mich bisher gehütet habe, über diese Sache zu sprechen. Wenn das aber so fortgeht, so kann ich nicht länger schweigen. (Abg. Richter: Hört! hört!) Ich kann nur sagen, daß unmittelbar nach dem Prozesse ein offenes Schreiben an den Präsidenten des Reichstags gerichtet wurde, in dem gesagt wurde: „Herr Präsident, Sie sagen die Unwahrheit!“ Und der Präsident hat nichts darauf erwidert. (Präsident: Das ist wohl keine persönliche Bemerkung mehr!) Ich freue mich, daß der Herr Präsident mich daran hindert, jetzt näher auf diese Angelegenheit einzugehen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Singer: Ich habe nur gesagt, daß ich keinen direkten Verkehr mit Arbeiterinnen habe. Herr Stöcker hat mir gezeigt, daß er von der Produktion nichts versteht, sondern nur im Allgemeinen heft. (Der Präsident erklärt, daß dieser Ausdruck nicht parlamentarisch sei.)

Abg. Stöcker: Nach dem Urtheil des gesammten Hauses war die Erwiderung des Herrn Singer derart, daß sie ein Deutscher wohl schwerlich gemacht haben würde. (Rufe links: Pui! Pui!)

Um 5 Uhr wird die weitere Berathung vertagt bis Mittwoch 12 Uhr.

Kommunales.

v. Von der deutschen Gewerbe-Ausstellung. Die Deputirten des Magistrats und der Aeltesten der Kaufmannschaft zur Vorbereitung der Angelegenheit betreffend die deutsche nationale Gewerbeausstellung in Berlin im Jahre 1888 hielten am Dienstag eine Sitzung ab. Es wurde beschlossen, nachdem die Stadtverordneten-Versammlung von Berlin die Mittel zu den Vorarbeiten der Gewerbeausstellung bewilligt hat, nunmehr ein provisorisches Lokal-Komitee zu bilden, um die ersten Schritte zur Vorbereitung der Ausstellung einzuleiten. Dieses Komitee soll aus den Deputirten des Magistrats

und der Kellern der Kaufmannschaft, einer Anzahl von Stadtverordneten und aus je zwei Deputirten von zehn hiesigen größeren Vereinen bestehen. Dieses Komitee soll sich noch kooperieren, so daß dasselbe im Ganzen aus 60 Personen bestehen wird. Die vornehmste Frage, mit welcher sich dasselbe zunächst zu beschäftigen haben wird, betrifft die Wahl des Ausstellungspalastes. Nach deren Erledigung soll alsdann ein ausführendes Komitee gebildet werden, welches die Feststellung eines speziellen Projektes zur Ausführung der Ausstellung ausarbeiten soll. Nach Erledigung aller Vorfragen wird alsdann der Stadtverordneten-Versammlung eine diesbezügliche Vorlage zur Beschlussfassung zugehen.

Lokales.

Eine erstaunliche Geschichte findet eben ihren Weg von Amerika zu uns. Die Versorgung aller amerikanischen Zeitungen mit telegraphischen Nachrichten des Inlandes und aus Europa liegt in den Händen einer gewaltigen Organisation, der „Associated Press“. Schon seit langen Jahren haben die deutschen Zeitungen Amerikas es mit Unmuth empfunden, daß die Kabelnachrichten dieser Gesellschaft England und Frankreich sehr ausführlich behandeln, während Deutschland stiefmütterlich bedacht wird. In London und Paris befinden sich große Agenturen, die dort alles Wissenswerthe sammeln. Nachrichten über Deutschland werden nicht direkt, sondern sehr lässig von jenen beiden Orten geschickt und zeigen außerordentliche Unkenntnis deutscher Angelegenheiten. Seit langer Zeit wurden denn auch vergebliche Versuche gemacht, Abhilfe zu schaffen. Im Monat Januar wurde es nun in Amerika mit Befriedigung begrüßt, als ein Herr J. P. Smith an eine große Anzahl deutscher Blätter mit dem Vorschlage herantrat, ein besonderes Syndikat für die Beschaffung von Kabelnachrichten aus Deutschland zu gründen. Man empfahl ihm dort, sich mit einer in journalistischen Kreisen Amerikas angesehenen Persönlichkeit in Berlin in Verbindung zu setzen und durch diese dort eine Agentur errichten zu lassen. Als die Zustimmung dieses Herrn eingetroffen, erfolgte die Konstituierung des Syndikats und die Kabel-Depeschen nahmen ihren Anfang. Schon kurze Zeit genügte indessen, um darzutun, daß statt der wenigen falschen Nachrichten über Deutschland nunmehr viele falsche Nachrichten telegraphirt wurden. Und — um es kurz zu machen, es ergab sich, daß die amerikanischen Zeitungen von Herrn Smith in dem Glauben erhalten wurden, daß er unter der Leitung des ihm namhaft gemachten Vertreters in Berlin ein großes Sammel-Bureau für wichtige Nachrichten habe, während er in der That von London aus das dürftige Gezeuge von Spezial-Telegrammen erhielt, die er dann, oft falsch genug, erweiterte und seinen Klienten als werthvolles Material anbot. Das ist nun eine Betrugssaffaire, die zwischen jenen Zeitungen und Herrn Smith zum Austrag gebracht werden wird. Für uns aber hat die sich weiter daran knüpfende Enthüllung ein weit größeres Interesse. Denn es wird in Amerika jetzt die Behauptung aufgestellt, daß Herr J. P. Smith, der Leiter des großen Kabel-Unternehmens, Niemand anders als unser ehemaliger Landmann Paul Schöppe sei, der seine Verbrecherlaufbahn in Berlin als Eindringler begann, dann ein zum Tode verurtheilter Mörder, Fälscher und Dieb wurde, der in allen großen Buchhäusern Amerikas gefesselt und sich in der Kriminalistik den Beinamen eines „Verbrechers zweiter Welten“ erworben hat. Während man in Amerika noch damit beschäftigt ist, die Identität der Beiden festzustellen, läßt sich an derselben kaum mehr zweifeln. In Berlin befindliche Briefe von Schöppe und Smith weisen eine so, man kann sagen histographische Ähnlichkeit der Schriftzüge auf, daß man den drüben aufgetauchten Verdacht als einen begründeten anerkennen muß. Der Name Paul Schöppe's ist in Berlin ja bekannt. Im Jahre 1862 vollführte er als Student bei seinem Chef, dem Grafen Biankense, dessen Sekretär er war, in „Rastara's Hotel“ in der Laudenstraße einen Einbruch, bei dem er 200.000 M. Raub. Als Fehler entpuppte sich sein in Bilkchau fungirender Vater, der Pastor Schöppe. Paul erbielt fünf Jahre Zuchthaus, der Alte ein Jahr Gefängnis. Beide wanderten nach Ablauf ihrer Strafe aus und fanden sich im Jahre 1867 in Carlisle (Pennsylvania) wieder. Paul Schöppe beging dann in Carlisle den Giftmord an Fräulein Steinicke, durch welchen Jahre hindurch er von sich reden machte. Fräulein Steinicke, deren Arzt er geworden, starb plötzlich und machte ihn testamentarisch zum Universalerben. Die Untersuchung der Leiche ergab Vergiftung. Schöppe wurde zum Tode verurtheilt. Einige Formfehler gaben den Deutschen des Ortes Anlaß, für den jungen Mann, der durch seine Gewandtheit sie Alle bezaubert hatte, einzutreten. Es erhob sich der Schrei von einem Justizmorde. In ganz Amerika sammelten die Deutschen für ihn. Man holte Rechtsgutachten von Professor O'Neill in Berlin und anderen Autoritäten ein. Es wurde im Wiedernahmverfahren der zweite Prozeß bewilligt. Paul Schöppe wurde freigesprochen, — sehr mit Unrecht, denn inzwischen hat sich herausgestellt, daß er in der That der Mörder gewesen und daß das Testament, bei welchem der Pastor Schöppe — so heißt jetzt sein Vater — als Zeuge fungierte, ebenfalls gefälscht war. Auf einige Jahre entschwindet dann Schöppe der Beobachtung. Im Jahre 1873 taucht er in Chicago auf. Während seiner Haftzeit in Carlisle hat er sich mit Architekturstudien beschäftigt. In Chicago ist er Baumeister und baut in der That einige Häuser mit Geschick. Kurze Zeit nach seinem Aufenthalt tauchen überall gefälschte Chees auf die Deutsche Bank aus. Schulenburg — so heißt er nämlich jetzt — wird der That überführt und zu mehrjährigem Gefängnis verurtheilt. Im letzten Moment entdeckte er sich dem Richter als der natürliche Sohn eines Grafen von der Schulenburg-Affeburg in der Mark, dem eben jetzt eine kolossale Erbschaft zugefallen. Er würde derselben verlustig gehen, wenn er nicht sofort abreisen könnte. Und als man ihn fragt, wie er diese Angabe beweisen könne, bringt er seinen alten Erzieher, der „zufällig“ in der Nähe von Chicago als Geistlicher fungirt, den Pastor Schöppe. In der That liegt man ihn unter dem Versprechen der Rückwanderung laufen. Wieder sechs Monate hört man von ihm aus St. Louis. Hier ist es ihm gelungen, im Geldbrief-Departement der Post eine hervorragende Stellung zu erlangen und er steht eben im Begriff, sich mit einer der angesehensten Töchter der Stadt zu verloben, als seine Identität mit Paul Schöppe herauskommt. Er wird nun nach Chicago zurückgeführt; die früher geschenkte Strafe wird von Neuem verhängt und er sitzt dieselbe ab. Dann im Jahre 1877 verschwindet er. Erst Anfang der achtziger Jahre hört man von ihm von Neuem aus Newark im Staate New Jersey, aus dem Staate Pennsylvania, aus dem Staate New-York. Ueberall hat er in den Buchhäusern wegen Fälschungen gefesselt, die er nunmehr zu seiner Spezialität gemacht zu haben scheint. Seit der letzten Strafe mögen anderthalb Jahre vergangen sein. Welch ein Genie der Reiz ist, geht daraus hervor, daß es ihm nun möglich geworden, nicht nur die großen Zeitungen Amerikas, sondern auch eine bedeutende Telegraphen-Agentur Londons zu dupliren. Welch kolossale Bielesichtigkeit, welche bewundernswürdige Genie gehört dazu, in seiner Lage gerade die deutschen Zeitungen Amerikas, die ihn nie aus den Augen gelassen, zu seinen Opfern zu machen! Dabei bekräftigt auch er einen alten kriminalistischen Vedutz, der dahin geht, daß Verbrecher, welche sich einen anderen Namen belegen, dabei immer an irgend welche äußeren Zufälligkeiten aus ihrem Leben oder ihrer Umgebung anknüpfen. J. P. Schöppe — J. P. Schulenburg — J. P. Smith — sowohl bei den Vornamen wie an den Anfangsbuchstaben des Na-

mens hält er bei allen Verwandlungen fest. Man darf auf die weitere Entwicklung des Kriminalromans gespannt sein. Da bei der Abmessung der Strafe in den Vereinigten Staaten Vorstrafen nicht in Betracht kommen, so wird Schöppe-Schulenburg-Smith, falls man ihn überhaupt fassen kann, bill'g genug davonkommen. Er ist heute erst 43 oder 44 Jahre alt. Wenn er seine bisherige unverwundliche Gesundheit behält, wird man im Laufe der Jahre sicherlich von ihm noch sehr viel hören.

Stwas über die Driskaffen. Der Russcher Schwizle, welcher bei dem Groß-Deffillateur R... in der Dresdenerstraße in Dienst steht, fährte eines Tages in Schönberg von seinem Deffillationswagen und verlegte sich darauf, daß er laum im Stände war, sein Fuhrwerk selbst nach Hause zu fahren. In seiner in der Annenstraße belegenen Wohnung angekommen, schickte er seine Frau zum Rosenarzt der Driskaffe für Kaufleute, Herrn Dr. Bülling, Köpferstraße, und ließ denselben bitten, ihn zu besuchen. Als der Herr Doktor an demselben Tage nicht kam, schickte der Schwizle seine Frau an anderen Tage wieder zu ihm und ließ bringend um seinen Besuch bitten. Auch jetzt kam der Herr Doktor nicht. Nun wurde zum dritten Male geschickt. Und siehe da, am dritten Tage kam der Herr Doktor und untersuchte den Kranken. Er verordnete Schröpfköpfe, welche aber ihre Wirkung verfehlten. Nach Verlauf von vierzehn Tagen mußte Schizle auf Anordnung des Herrn nach dem Krankenhaus Bethanien geschickt werden. — Sollte, bemerkt hierzu die „Allg. Fabr.-Ztg.“, eine Untersuchung des Kranken am selben Tage, wo der Unfall passirte, nicht vielleicht die Krankheitsdauer erheblich abgeschwächt haben?

Die neuen Aprilscherze sind etwas massiv. So erhielt ein Kammermüller ein Strafmandat über drei Mark wegen groben Unfuges. Da er um 10 Uhr schon Probe hatte, eilte er ganz früh zur Polizei und erfuhr hier aber, daß man ihn genarrt habe. Ein junger Schmied hatte einen höchst unangenehmen Ausritt, als ihm eine Aufforderung zur Zahlung von Alimentionen zuzug. Solche Sachen gehen denn doch über den Spag.

Auf dem Gebiete der Frühjahrsmoden wetteifern Fabrikanten und Modisten mit einander, um dem Schönheits-sinn unserer Damen eine Fülle von Bekleidungs- und Schmuckgegenständen zur Auswahl darzubieten. Die thurmähnlichen, mit ganzen Bögen und Bogelnskizzen versehenen Gebilde fangen an, kleidameren, breitrempeligen Hüften zu weichen, und an die Stelle schreiend bunter ausgeflopter Papageien tritt die feine vornehme graublaue Straußfeder, um den Hauptschmuck der neuesten Sommerhüte zu bilden. Die Raritäten von Kairo, Algier und Kapstadt liefern zur bevorstehenden Saison in großen Mengen dieses kostbare Gzeugnis der afrikanischen Wüsten und Steppen. Die werthvollste Jagdbeute des Beduinen ist die Iwanah, die breite, blendend weiße Flügelfeder, welche so dicht besetzt ist, daß sie, gegen das Licht gehalten, lam einige Sonnenstrahlen hindurch läßt. So wird der lähne Hauptschmuck des Regierfürsten zur reißvollen Hiede hübscher Frauenköpfe. Neben der vornehmen Straußfeder bringt die Frühjahrsmoden eine Fülle geschmackvoller Phantasiefedern in den verschiedensten Zusammenstellungen und der bald trag gehaltenen, bald prächtigen Schattirung der Farben. Eine ausgebreitete Fabrikation beschäftigt Tausende von geschickten Händen mit der Bearbeitung der Federn und der Anordnungen der Federstübe, die nicht allein in Deutschland einen beliebten Modestartikel bilden, sondern auch als gewaltige Exportwaare auf alle europäischen und ausländischen Weltmärkte versandt werden.

Stenographie-Unterricht. Der Krennd'sche Stenographie-Verein Apollodrom eröffnet am Freitag, den 2. April, im Vereinlokale, Seydelstr. 30 (Spittelmarkt), am Montag, den 5. April in Richard's Restaurant, Thurmstr. 31, und in Randal's Restaurant, Brunnenstr. 129a (Gde der Invalidentstraße), Abends 8^{1/2} Uhr öffentliche Unterrichtskurse in der Krennd'schen Stenographie. Jeder Kursus umfaßt 6 Lehr- und 6 Übungsstunden und wird wöchentlich ein Mal zu der gedachten Zeit abgehalten werden.

Die Luisenstädtische Fortbildungsschule für Mädchen, Naungnstraße 63, beginnt ihre neuen Unterrichtskurse am Donnerstag. Anmeldungen neuer Schülerinnen werden entgegen genommen jeden Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, Nachmittags von 6 Uhr ab, sowie auch Sonntag Vormittags im Amtszimmer der 42. Gemeindeverschule, Naungnstraße 63, bei dem Rektor Hander, wo Prospekte und Stundenpläne der Anstalt jederzeit zu haben sind.

Gemäß den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamts sind in der Zeit vom 14. bis 20. März von je 1000 Bewohnern, auf den Jahresdurchschnitt berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 24,4, in Breslau 29,0, in Königsberg 28,5, in Köln 29,7, in Frankfurt a. M. 18,8, in Wiesbaden 27,0, in Hannover 21,2, in Kassel 23,5, in Magdeburg 24,1, in Stettin 31,3, in Altona 31,3, in Straßburg 26,0, in München 28,4, in Nürnberg 28,1, in Augsburg 26,2, in Dresden 20,7, in Leipzig 18,0, in Stuttgart 18,7, in Karlsruhe 19,8, in Braunschweig 19,5, in Hamburg 29,0, in Wien 35,9, in Budapest 35,1, in Prag 27,6, in Krakau 29,6, in Basel 17,7, in Brüssel 26,5, in Amsterdam 30,4, in Paris 34,1, in London 30,3, in Glasgow 34,0, in Liverpool 36,0, in Dublin 40,5, in Edinburgh 24,5, in Kopenhagen 25,8, in Stockholm 29,1, in Christiania 21,0, in St. Petersburg 40,1, in Warschau 30,3, in Odessa 32,8, in Rom 29,8, in Venedig 31,1. Ferner in der Zeit vom 21. bis 27. Februar in New-York 25,9, in Philadelphia 22,0, in Baltimore 19,6, in San Francisco 17,3, in Kalkutta 23,8, in Bombay 24,9.

Wasserstand der Spree in der Woche vom 14. bis 20. März 1886. (Angabe in Metern.)

Tage	14.3.	15.3.	16.3.	17.3.	18.3.	19.3.	20.3.
Am Oberbaum	2,29	2,29	2,30	2,30	2,28	2,28	2,26
Dammühle,							
Oberwasser .	2,25	2,25	2,25	2,24	2,23	2,23	2,22
Dammühle,							
Unterwasser .	0,92	0,93	0,93	0,91	0,91	0,91	0,90

Polizei-Bericht. Am 29. d. M. Nachmittags wurde ein etwa 35 Jahre alter anständig gekleideter Mann in der Rehdenerstraße bewußlos und anscheinend vom Schläge gerührt vorgefunden. Er wurde mittels Drofale zuerst nach der nächsten Sanitätsstation und von dort nach dem städtischen Krankenhause im Friedrichshain gebracht. — Zu derselben Zeit wurde ein auf der Durchreise nach Restau hier befindlicher Arbeiter trunken auf der Straße vorgefunden und nach der Revierwache gebracht, wo er in Folge übermäßigen Branntweingenußes am Gehirnschlag verstarb. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause gebracht. — Am demselben Tage Abends wurde ein etwa 30 Jahre alter Mann auf seinen Hüften durch Vorübergehende aus dem Landwehrkanal, unweit der Großbierenbrücke, gezogen und noch lebend aber bewußlos nach der Charite gebracht. Wie derselbe in das Wasser gerathen, ist nicht ermittelt worden. — Zu derselben Zeit wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Steglitzerstraße erhängt vorgefunden. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause gebracht.

Gerichts-Zeitung.

P. Zur Zeit des Maurer-Streiks hatten im Juli 1885 mehrere Berliner Maurer sich nach Johannisthal begeben, um die dort arbeitenden Gewerkschaften zu veranlassen, sich der

Bewegung anzuschließen. Einige Maurer waren dem Rufe zu folgen bereit, andere dagegen zeigten Bedenken; es wurde in Gruppen hier und da lebhaft gesprochen und gestritten, als auf der durch Johannisthal führenden Chaussee der Gendarm Steinbacher sichtbar wurde. Dieser forderte die diskutirenden Maurer auf, sich zu entfernen. Einer der aus Berlin herbeigekommenen, der Maurer August Lehmann, hatte auf dem Schulhausbau des genannten Ortes mit bekannnten Kollegen über den Anschluß an die Bewegung gesprochen, war aber durch den Poller vom Bau heruntergeworfen. Auf der Landstraße wieder angelangt, traf Lehmann den Gendarm. Dieser nun batte ihn aufgefordert, sich zu entfernen, Lehmann aber sich dessen geweigert. Vom Schöffen-Gericht zu Köpnick war Lehmann, weil er gelegentlich eines Ausflusses den Anordnungen des Grefluts-Beamten, sich sofort zu entfernen, nicht nachgekommen, zu 20 Mark Geldbuse event. 4 Tage Gefängnis verurtheilt, und zwar auf Grund des § 116 R.-St.-G.-B. — Sein Beistehiger, Rechtsanwalt Freudenthal, legte hiergegen Verurtheilung ein, indem er dieselbe im gestrigen Audienstermin vor der Strafkammer des Landgerichts II mit dem Einwand rechtfertigte, daß Lehmann nicht zu den Leuten gehört, welche von dem Gendarm als Versammeltes fortgewiesen worden, und einem Ausflusse zu begegnen; ein Bekannter, mit dem er sich zufällig getroffen, habe ihn überredet, einem Kollegen auf dem Schulhausbau einen Besuch abzustatten. Der Gendarm Steinbacher sei hinter ihm hergeritten und habe ihn um seine Legitimationspapiere ersucht. Der als Zeuge vernommene Gendarm Steinbacher bekundet, daß er an jenem Tage mit noch einem anderen Gendarm von den Eigentümern der Neubauten aufgefordert, die auf den Bauten beschäftigten Arbeiter zu beschützen, da dieselben wahrscheinlich von einer Anzahl Berliner Maurer zwangsweise zur Niederlegung der Arbeit gezwungen oder „verführt“ werden sollen; auf der Dorfstraße bei den Neubauten verschiedener öffentlicher Gebäude stand nach der Schilderung des Gendarm eine große Menschenmenge, welche auf seine Aufforderung sich erst entfernte, und zwar auf einem Privatwege, dann aber kamen die streifenden Berliner wieder auf die Dorfstraße jurid unter Toben und Lärmen. Als einer der Laulesten wurde der Angeklagte Lehmann; er forderte ihn noch auf der Dorfstraße auf, sich zu legitimiren. Dies that denn auch Lehmann unter Vorlegung seines Krankenlaßens Buches, welches der Gendarm ihm zurückreichte; nunmehr schlug sich Lehmann vor die Brust und rief dem Gendarm zu: „Ich bin ein Ehrenmann — jetzt legitimiren Sie sich aber mal!“ Infolge dieses Zwischenfalles flaute sich die Menge abermals und ging dann erst auseinander. Hierbei machte Lehmann sich des obigen Vergehens schuldig, indem er sich weigerte, zu gehen. — Der Gerichtshof beschloß schließlich doch noch die Vertagung der Sache behufs Vorladung eines von dem Rechtsanwalt Freudenthal vorgeschlagenen Entlastungszeugen.

Vereine und Versammlungen.

th. Der Verein der Berliner Droschkentischer hielt am 25. d. M. im Saale des Berliner Handwerker-Vereins, Sophienstr. 15, eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Camy einen interessanten Vortrag hielt über das Thema: „Wie schützen wir uns und die Unsrigen vor gefährlichen Erkrankungen?“ Redner ging von der Ansicht aus, daß Geize, welche zur Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit geschaffen worden seien, auch gehalten werden müßten. Die Natur habe für jedes Heilmittel gesorgt und bedürfte es hierzu der Apotheken gar nicht. Jede Familie müßte vor allen Dingen für gute, reine Luft in den Wohnräumen sorgen. Die meisten Krankheiten entständen durch Einathmen schlechter Luft und zu weniger Pflege der Haut. Der Referent wies in seinem Schlußworte auf die Bestrebungen der Fachvereine hin, welche nicht nur die materielle, sondern auch die geistige Hebung der Mitglieder im Auge hätten und ermahnte, daß sich alle Droschkentischer um das Vereinsbanner sammeln möchten, für dessen Beschaffung noch weitere Sammellisten vorausgab wurden. Eine zu diesem Zwecke veranstaltete Teller-sammlung ergab die Summe von 34,50 M.

* Fachverein der Metallschrauben-Fabricanten und Berufsgenossen. Mittwoch Abends 8 Uhr, Mantuffelstr. 9, die Wohlhaupt, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Berichterstattung über den Streik bei der Firma Weiss, Sebastianstr. 72. 2. Wie stellen sich die Kollegen partiellen Streiks gegenüber? 3. Kann ein General-Streik und nützlich sein?

Lezte Nachrichten.

Ueber die gestern in Hensburg-Apenrade vollzogene Reichstagswahl berichtet ein Dienstpost Mittag 12 Uhr in Hensburg ausgegebenes Privattelegramm der „Nordb. Allgem. Ztg.“: Bis her sind gezählt für Gottburgern (nationalliberal) 4373, für Johannessen (Däne) 2065 und für Heitzel (Sozialdemokrat) 2314 Stimmen. Die Wiederwahl Gottburgern's ohne Stichwahl ist wahrscheinlich; die sozialdemokratischen Stimmen haben sich gegen die Wahl von 1884 mehr als verdoppelt, während die dänischen zurückgegangen sind.

Den Pariser Abendblättern zu Folge würde Rudiffret-Baquier die Regierung über die Maßregeln interpelliren, welche sie zu ergreifen gedenke, um zu verhindern, daß die sozialistische Bewegung in Belgien sich auf die benachbarten französischen Departements ausbreite. Nach einem Privattelegramm des „Berl. Tabl.“ ersuchte bereits die belgische Regierung die französische telegraphisch, einen militärischen Grenzordon zu ziehen, damit der Uebertritt der Streikenden verhindert werde. Der Kriegsminister, General Boulanger, soll entsprechende Maßregeln angeordnet haben.

Briefkasten der Redaktion.

B. Gegen die erstinstanzlichen Urtheile der Strafkammer beim Landgericht kann nur binnen einer Woche seit der Urtheilserklärung Revision eingelegt werden. Die eingelegte Revision muß binnen einer Woche, gerechnet vom Tag der Feststellung des schriftlichen Erkenntnisses, gerechtfertigt werden und zwar zu Protokoll des Gerichtsschreibers (Anmeldestunde Neue Friedrichstr.) oder durch einen von einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schriftsatz.

G. R. 31. Ein Zahlungsbefehl kann gillig nur durch den Gerichtsvollzieher zugestellt werden.

Abonnent & Louisenplatz. Der einer im Armenrecht klagenden Partei zuertheilte Rechtsanwalt ist verpflichtet, die Klage nach der ihm von dem Richter ertheilten Information anzuzweifeln. Zur Information gehört aber auch die Angabe der Beweismittel. Wenn Sie glauben, daß der Rechtsanwalt die Sache zu lässig betreibt, so beschweren Sie sich bei der betreffenden Zivilkammer des Landgerichts, event. beim Vorstande der Anwaltskammer.

E. R. Lübbenerstr. Bleiben Sie nur ruhig bei Ihrem alten Specteur.

E. Wallentin. Sie haben uns den Anfang des Berichtes nicht geschickt.

H. D., Wassergasse. Lassen Sie Ihren Sohn die Handweilensschule besuchen. Anmeldungen nimmt Herr Direktor Jessen, Kurstraße 52, entgegen. — Auch der Besuch der städtischen Fortbildungsschule würde sich empfehlen. Ihrer Wohnung am nächsten liegt die Fortbildungsschule Neue Friedrichstraße 32. Redungen daselbst beim Rektor Herrn Dr. Lehmann.